Antifaschistischer Widerstand in Gleiberg, Krofdorf, Launsbach und Wißmar

1933 – 1945

Dieter Bender

Widerstand in Krofdorf-Gleiberg, Launsbach und Wißmar

Dieter Bender

Herausgegeben von der Initiative Stolpersteine in Wettenberg, im Selbstverlag.
Alle Rechte, insbesondere des Abdrucks, liegen beim Autor und bedürfen der schriftlichen Genehmigung.

Überarbeitete und erweiterte Neuauflage der Broschüren *Widerstand in Krofdorf-Gleiberg* und *Widerstand in Wißmar*. November 2016, Wettenberg.

Vorwort

> „Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“ [1]

Diese Broschüre ist als Begleitmaterial zu den Gedenktafeln gedacht, die am 7. Mai 2015 in Krofdorf-Gleiberg, am 27. Januar 2016 in Wißmar und am 8. November 2016 in Launsbach im Anschluss an Veranstaltungen zum Widerstand in den Ortsteilen Wettenbergs enthüllt wurden. Im Mittelpunkt unseres Gedenkens stehen die einzelnen mutigen Menschen, die Beispiel gebend widerstanden.

Widerstand und Verfolgung in den Dörfern Wettenbergs

Bereits ein flüchtiger Blick auf die Wahlergebnisse zu Zeiten der Weimarer Republik macht deutlich, dass die Dörfer der heutigen Gemeinde Wettenberg im Vergleich zu den Nachbargemeinden und auch im gesamten Kreis Wetzlar eine Sonderrolle einnahmen. Hier war die politische Linke traditionell stark und die Nazipartei hatte große Schwierigkeiten, sich bei uns zu etablieren. Das fand seinen Ausdruck darin, dass mutige Menschen sich widersetzten und dafür von den braunen Machthabern heftigst verfolgt wurden. Die Geschichte von Krofdorf-Gleiberg, Launsbach und Wißmar hat in diesem Zusammenhang sehr vieles an Gemeinsamkeiten, aber jedes der Dörfer hat auch seine Besonderheiten in der Entwicklung, was sich dann alles gemeinsam zu einem Bild zusammensetzt.

Widerstand und darum geht es uns heute, wird im Zusammenhang mit der Naziherrschaft in unterschiedlicher Weise definiert und gewürdigt. Im Rahmen dieses Projektes soll all das Berücksichtigung finden, was dokumentierte Spuren hinterlassen hat. Auf Grund der sehr unterschiedlichen Quellenlage, einerseits wurde vieles vernichtet oder ist immer noch unzugänglich, andererseits wurde auch Unerwartetes aufgefunden, kann das Bild nicht vollständig sein. Eine Wertung der unterschiedlichen Formen von Widerstand und der

[1] Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1985

staatlichen Reaktion darauf unterbleibt bewusst: Jeder Versuch von Auflehnung verdient es gewürdigt zu werden.

Die Namen derer, die widerstanden, werden genannt. Namen von Tätern und aktiven Propagandisten des Unrechtssystems werden immer dann auch genannt, wenn sie herausgehobene Funktionen hatten; eine Namensnennung unterbleibt, wenn keine direkte, aktive Rolle erkennbar ist.[2] Auf Grund der Quellenlage können alle angeführten Schicksale und Vorgänge nur Beispielcharakter haben. Manch Ungenannter hat auch Widerstand geleistet, nur hinterließ dies keine Spuren, oder sie wurden nicht gefunden.

Keine Berücksichtigung findet allerlei *Hörensagen*, auch wenn dies in einer nachträglich entstanden kollektiven Erinnerung von mehreren so weitergegeben und allgemein für wahr gehalten wird. Zeitzeugenberichte sind mit ausgewertet worden, soweit sie eigenes Erlebnis wiedergeben und vom Inhalt und Zustandekommen sauber dokumentiert sind.

Die Herausbildung der Organisationen der Arbeiterbewegung

Die ersten Spuren einer sich entwickelnden Arbeiterbewegung in unserer Region waren bis Gleiberg gedrungen: Der Vorsitzende des *demokratischen Arbeitervereins* in Gießen war der Kunstmaler Anton Gastauer, zeitweilig auch Herausgeber des *Wehr-Dich*, der in Gleiberg wohnte. Dieser Gießener Verein hatte 1850 297 Mitglieder, davon 56 Schuhmacher, 54 Schneider, 18 Bäcker und 34 Schreiner, die ebenso wie die 2 Zigarrenmacher der damaligen Zigarrenindustrie zuzurechnen gewesen sein mögen. Mit seinem angegliederten Arbeiter-Unterstützungsverein sind hier auch die ersten Spuren gewerkschaftlicher Organisierung in Gießen zu sehen. Über die Aktivitäten des Vereins ist wenig überliefert, die regionale Verteilung der Mitglieder nicht bekannt.

Bei den Wahlen zum preußischen Landtag in 1849, den ersten Wahlen überhaupt, wählte man in Krofdorf-Gleiberg mehrheitlich links, in allen anderen Bauerndörfern des Kreises Wetzlar wurde nahezu einhellig rechts gewählt. Das Gießener revolutionäre Blatt „Wehr-Dich“ schrieb dazu „Die Bauern hier herum sind noch vollständig in den Krallen der schwarzen Vögel von Pfaffen, die ihnen Tag für Tag in den Ohren liegen und ihnen allsonntäglich den kommunistischen Teufel an die Wand mahlen“ und meinte, dass die beiden Krofdorfer Pfarrer so ehrlich seien „die Demokraten nicht geradezu für Räuber und Diebe zu halten“.[3]

Im Kreis Wetzlar lassen sich die Spuren der Gründung gewerkschaftlicher Vereine bis 1889 zurück verfolgen, als der aus Wißmar stammende *sozialdemo-*

[2] Warum soll man Täter schonen, wenn Opfer heute noch Scham empfinden könnten.

[3] Wehr-Dich No. 19 vom Donnerstag, den 25. Januar 1849 und No. 29 vom Dienstag, den 6. Februar 1849

kratische Agitator Philipp Abel dort einen *Maurerfachverein* gründete und ein Jahr später einen örtlichen Ableger des *Fabrikarbeiterverbandes*, eines organisatorischen Vorgängers der DGB Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie. In Krofdorf finden sich die ersten Spuren gewerkschaftlicher Organisationen im Jahre 1894 als ein örtlicher Ableger des Tabakarbeiter Verbandes gegründet wurde.

Auf Kreisebene versuchte man den Anfängen der Sozialdemokratie mit dem *Deutschen Volksverein zu Wetzlar* entgegenzutreten. Im Vierteljahresbericht über die Sozialdemokratie im September 1893 beschreibt der Wetzlarer Landrat neben den Aufgaben dieses Vereins die wichtige Rolle der Kirchen bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er verweist dabei auf Sonntagsblätter und Schriften der inneren Mission, die konfessionellen Gesellenvereine und den Kulturfond, mit dem die Geistlichen Volksbibliotheken einrichten. In Krofdorf-Gleiberg war gerade dieser Einfluss begrenzt, da waren 1861 die meisten Bewohner aus der Kirche ausgetreten, der Kirchenbesuch schwach und die Bindungen an die Kirche locker.

Für 1897 ist die Existenz einer Maurergewerkschaft verbürgt, auf einer Liste, *Verzeichnis derjenigen Mannschaften des beurlaubten Standes*[4]*, welche als Führer der Sozialdemokratie oder als eifrige und zielbewusste Vertreter ihrer Lehren bekannt geworden sind*, befinden sich 15 Maurer, 4 aus Gleiberg, 7 aus Vetzberg und je 2 aus Launsbach und Kinzenbach. 1898 gab es eine Maurerversammlung in Krofdorf. In 1905 wurde eine Zahlstelle des *Verbandes der Pflasterer und Berufsgenossen* von 13 Krofdorfern gegründet. Das Statut dieses Vereins weist auch einen Passus über Streikregelungen aus.[5]

Ab 1898 taucht dann der Name des Karl Stork als Anmelder von Volksversammlungen zur Unterstützung der SPD-Kandidaturen bei Wahlen auf. Es dauert schließlich noch bis 1905 bis ein Lokalverein des unlängst zuvor in Gleiberg gegründeten *Socialdemokratischen Wahlvereins Wetzlar-Altenkirchen* für Krofdorf-Gleiberg gegründet wird. Diese erste Ortsgruppe meldet innerhalb des ersten Jahres 84 Mitglieder an die überwachende Polizei an, davon allein 43 aus Gleiberg, womit sie in Gleiberg über die Hälfte ihrer Wähler organisiert hat und das bei einem Stimmenanteil von über 90%. Karl Stork wird Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins in Krofdorf-Gleiberg.[6]

Welche Stärke und Bedeutung insbesondere die Genossen aus Krofdorf-Gleiberg innerhalb der sozialistischen Bewegung hatten, ist nicht nur daran ablesbar, dass das Krofdorfer Bauerndorf mehr Mitglieder als die Industriestadt Wetzlar aufzuweisen hatte, sondern auch daran, dass Wilhelm Mandler, der 1907 einmal als Vorsitzender auftaucht, 1919 auf dem zweiten Reichsrä-

[4] laut Brockhaus von 1905 := militärisch Reservisten
[5] LHAKo 441/16996
[6] HHStAW 421/1121

tekongress war, als einer von zwei Delegierten für den gesamten Wahlkreis Wetzlar-Altenkirchen. Der Zigarrenarbeiter Karl Stork und der Maurer Wilhelm Mandler waren nicht nur die Initiatoren und Organisatoren der Arbeiterbewegung, sondern wie viele Aktivisten, die auf diversen schwarzen Listen zu finden sind, Dissidenten, wie man damals Menschen nannte, die aus der Kirche ausgetreten waren.

Die politische Entwicklung der Dörfer Wettenbergs

Die einzelnen Dörfer der heutigen kommunalen Einheit Wettenberg weisen neben vielen Gemeinsamkeiten auch entscheidende Unterschiede und Facetten der Entwicklung auf. Selbst zwischen Krofdorf und Gleiberg sind die Unterschiede beträchtlich, sodass man eigentlich von vier Dörfern ausgehen muss, die man auch getrennt betrachten sollte. Alle Orte Wettenbergs waren Hochburgen der Arbeiterbewegung, wobei die Entwicklung ihren Ausgang in Gleiberg nahm und sich von dort über Krofdorf nach Launsbach und zuletzt nach Wißmar ausbreitete. In Gleiberg und Launsbach dominierten die radikaleren Sozialisten, in Krofdorf und Wißmar die gemäßigteren Sozialdemokraten.

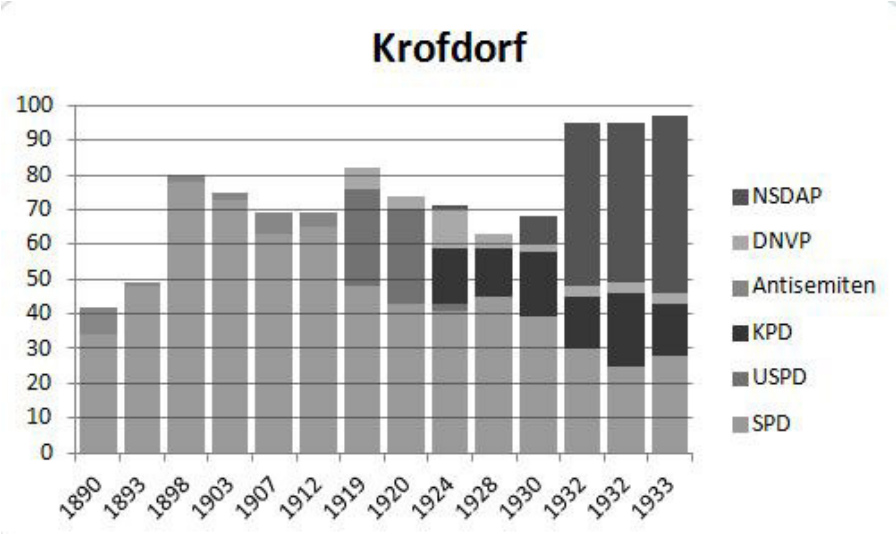
Das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war in den Dörfern Wettenbergs eher besser als im Reich, was auch daran ablesbar ist, dass es im Juli 1932 angesichts der sich entwickelnden faschistischen Gefahr eine gemeinsame Veranstaltung von *Eiserne Front* und KPD in Krofdorf im Saal der Gastwirtschaft Freund gab. Begründet lag das auch darin, dass Sozialdemokraten und Kommunisten vielfach gemeinsame Berührungspunkte in den Turn- und Gesangvereinen der Arbeiter- Sport- und Kulturbewegung, sowie in Krofdorf-Gleiberg auch bei den Freireligiösen hatten. Selbst nach der Machtübergabe an Hitler gab es in Wißmar noch eine gemeinsame antifaschistische Veranstaltung der freien Turner, nach der zahlreiche Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet wurden.

Krofdorf 31.7.1932. Quelle: Archiv Fotofreunde

In allen Orten Wettenbergs hatte die radikale Rechte Schwierigkeiten Fuß zu fassen, sie breiteten sich von Krofdorf zunächst nach Launsbach aus, Wißmar hatte bis zur Machtübergabe an die Faschisten keinen einzigen organisierten Nazi, in Gleiberg bekamen sie selbst bei Wahlen nie einen Fuß auf die Erde und blieben Splitterpartei. Der Wißmarer Ortsgruppenleiter war zugezogen und Nazi der allerersten Stunde, der Krofdorfer trat politisch wenig hervor, der Launsbacher wurde 1945 ebenso wie die beiden anderen als Bürgermeister abgesetzt, kam dann aber nochmals auf diesen Posten zurück.

Die politische Entwicklung von Krofdorf-Gleiberg

Als 1890 erstmals die damals noch revolutionäre Sozialdemokratie im Kreis Wetzlar kandidierte, bekam sie in Gleiberg auf Anhieb 82% und in Krofdorf immerhin noch 34%, was immer noch 15 Prozentpunkte über dem Gesamtergebnis im Reich lag. In Gleiberg bewegten sich die Ergebnisse für die politische Linke selbst bis 1933 oberhalb dieses Niveaus, wobei die Messlatte eher bei 90% lag. In Krofdorf stieg der Anteil an, und lag typischerweise über 60%, ging dann aber ab 1932 mit dem Aufkommen der NSDAP zurück, wobei aber die mittlerweile zwei Arbeiterparteien, SPD und KPD zusammen gerechnet bis 1930 stärkste Kraft blieben.

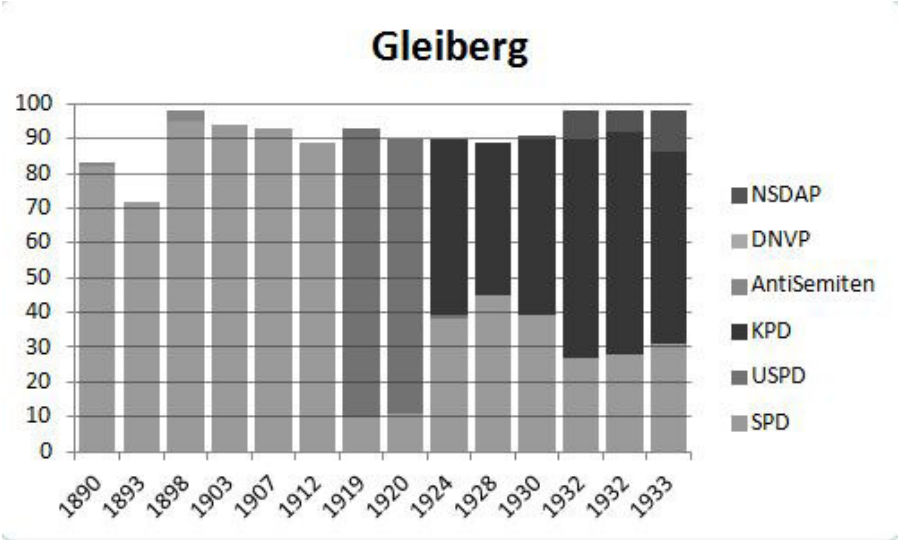


Reichstagswahlen Krofdorf

Nachdem die SPD zu Beginn des ersten Weltkriegs den Kriegskrediten zugestimmt hatte, spaltete sie sich und nach einer Übergangsphase mit der USPD verteilten sich die Stimmen der Linkswähler auf SPD und KPD. Auch Karl Stork wechselte später zur KPD, deren aktivste Mitglieder, wie Louis Schleenbecker und Otto Rüspeler, jünger waren und von daher nicht mehr zur Gründergeneration sozialistischer Organisationen in Krofdorf-Gleiberg gehörten.

In Gleiberg lagen die Radikaleren immer vor den Gemäßigten, wobei sich das Schwergewicht zum Ende der Weimarer Republik zur KPD verschob, die zuletzt das doppelte Potential wie die SPD erreichte. In Krofdorf lag die SPD vorne und bekam doppelt soviel Stimmen wie die KPD. Bemerkenswert ist noch, dass sich mit der Einführung des Frauenwahlrechts 1919 das Übergewicht der Linken in beiden Ortsteilen vergrößerte.

Die Vorläufer der NSDAP, die Antisemitische Volkspartei Böckels und ähnliche Gruppierungen, die in einigen hessischen Bauerndörfern Wahlsiege feierten, spielten in Krofdorf-Gleiberg keinerlei Rolle. In Gleiberg bekam die NSDAP selbst 1933 nur 12%, während sie in Krofdorf ab 1930 sukzessive alle bürgerlichen Stimmen an sich zog und ab 1932 knapp vor den beiden Arbeiterparteien lag. In Gleiberg konnte die Linke in absoluten Zahlen ihre Stimmen vollständig halten, die Gewinne der NSDAP kamen je zur Hälfte aus dem bürgerlichen Lager und gestiegener Wahlbeteiligung.



Reichstagswahlen Gleiberg

Diese Ergebnisse zeigen, dass es zwischen Krofdorf und Gleiberg große Unterschiede gab, die in erster Linie mit der unterschiedlichen demographischen Entwicklung und deren Folgen erklärbar sind. Gleiberg war bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts der dominierende Ort und mit über 400 Einwohnern mehr als drei mal so groß wie Krofdorf.[7] Durch die Zerstörung der Oberburg im Jahre 1646 hatte Gleiberg seine Stellung als Herrschaftssitz des Fürsten und damit viele Arbeitsplätze und an Bedeutung verloren, war aber Sitz des Amtmanns, hatte Stadtrechte und einen Wochenmarkt und war damit Unterzentrum der ländlichen Region im östlichen Zipfel des Fürstentums Nassau-Weilburg. Im Laufe von zwei Jahrhunderten halbierte sich die Bevölkerung von Gleiberg auf einen historischen Tiefstand von knapp 200, während sich die Einwohnerzahl in Krofdorf verdreifachte und sich damit die Größenverhältnisse fast umgekehrt hatten. Hauptanteil an dieser Entwicklung hatten Gleiberger, die sich im unmittelbar angrenzenden Krofdorf ansiedelten. In diesem Zeitraum wurden in Gleiberg bei Bränden auch noch 40 Häuser zerstört, der Wochenmarkt auf zwei Jahrmärkte reduziert und der Amtssitz nach Atzbach verlegt.[8]

Insbesondere bei Verheiratungen siedelte man sich eher in Krofdorf als in Gleiberg an, wenn kein geerbtes Haus übernommen werden konnte. War Landbesitz in der Gleiberger Gemarkung vorhanden, wurde der dann von Krofdorf aus mit bearbeitet, womit der Landbesitz der Gleiberger mit nach Krofdorf verzog und die ohnehin schon schlechtere Basis der Gleiberger Bauern sich noch weiter schmälerte. Ablesbar ist das Gefälle bei den landwirtschaftlichen Betrieben auch daran, dass es 1747 in Gleiberg bei 29 Landwirten keine Pferde und lediglich 13 Ochsen gab, während Krofdorf mit 28 Pferden und 87 Ochsen bei 60 landwirtschaftlichen Betrieben auch im Vergleich des gesamten Amtes Atzbach, das bis Garbenheim reichte, recht gut dastand.[9] In Gleiberg gab es also überwiegend Kuh- und Spatenbauern, während in Krofdorf viele Bauern mehrere Zugtiere zur Auswahl hatten.

Zu Beginn der Industrialisierung der engeren Region hatte Gleiberg mit 338 Einwohnern in 1834 fast die frühere Einwohnerzahl erreicht und die immer noch überwiegend bäuerliche Bevölkerung war bereits am unteren Rande der Existenzfähigkeit angelangt, fast so arm, wie die Bewohner Vetzbergs, die bereits 1747 zum überwiegenden Teil nicht mehr von der Landwirtschaft leben konnten; waren dort doch bei 31 Häusern lediglich 14 Scheunen und 13 Ställe vorhanden.

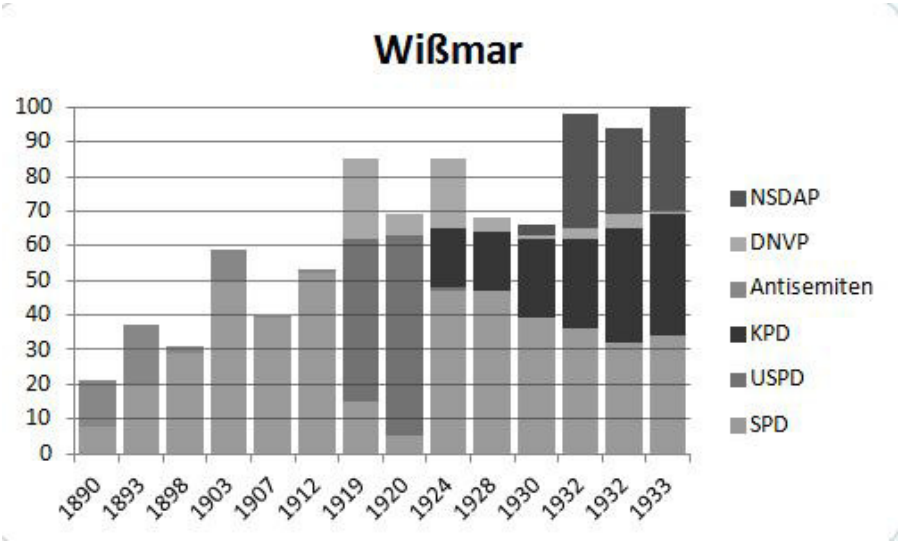
[7] Die Angaben zu Einwohnerzahlen von Krofdorf-Gleiberg basieren auf Berechnungen und Tabellen in: Leib 1974, Krofdorf-Gleiberg zwischen Tradition und Fortschritt

[8] Leib 1974 S. 147 ff.

[9] Berechnet nach einer Aufstellung von Amtmann Heß, bei der die Anzahl der Scheunen und Stallungen aus Ausgangspunkt dienen. Dargestellt in: Leib 1974 S. 147 ff.

Die politische Entwicklung von Wißmar

Wißmar ist das einzige Dorf Wettenbergs, in dem die antisemitischen Parteien im ausgehenden 19. Jahrhundert mit 13% bis 17% nennenswerte Ergebnisse hatten. Das war zwar im Vergleich zu Odenhausen und Salzböden keineswegs viel - in diesen beiden Bauerndörfern bekam die Böckel-Bewegung mehr als 90% der Stimmen, was neben der bäuerlichen Sozialstruktur auch auf stärkere Marburger Einflüsse[10] zurückzuführen ist - aber im Vergleich zu den anderen Dörfern Wettenbergs ist hier das wesentlich stärkere bäuerliche Bewusstsein eines Teils der Bevölkerung ablesbar.



Reichstagswahlen Wißmar

Bei der Reichstagswahl 1890 kandidierte die Sozialdemokratie das erste mal im Kreis Wetzlar und erhielt in Wißmar mit ca. 20% nur halb soviel Stimmen wie in den anderen Dörfern Wettenbergs, obwohl sie in Wißmar ihre einzige Wahlveranstaltung abhielt und der Vertrauensmann der Kandidatur, Philipp Abel, ein gebürtiger Wißmarer war. Die Sozialdemokratie brauchte trotz der zahlenmäßig stärkeren Industriearbeiterschaft bis 1903, ehe sie an die 50% Marke herankam, im Vergleich lagen zu dieser Zeit die Ergebnisse in den anderen Wettenberger Dörfern schon über 70%. Dieser Wendepunkt im Wählerverhalten fällt zeitlich zusammen mit dem Beginn der Organisierung

[10] Böckel wohnte in Marburg

der Arbeiterbewegung, die von Krofdorf und Gleiberg ausging und zuletzt in Wißmar ankam.

Nach einem Stimmenrückgang in 1907 auf 40%, hier war wohl ein gescheiterter Streik in der Zigarrenindustrie Ausschlag gebend, lag das linke Wählerpotential ab 1919 bis zum Ende der Weimarer Republik bei 60% auf Krofdorfer Niveau. Nachdem die Wähler 1919 fast komplett zur USPD schwenkten, dominierte dann wieder die SPD gegenüber der KPD. Mit der aufkommenden Gefahr des Faschismus näherten sich die Wahlergebnisse von SPD und KPD einander an.

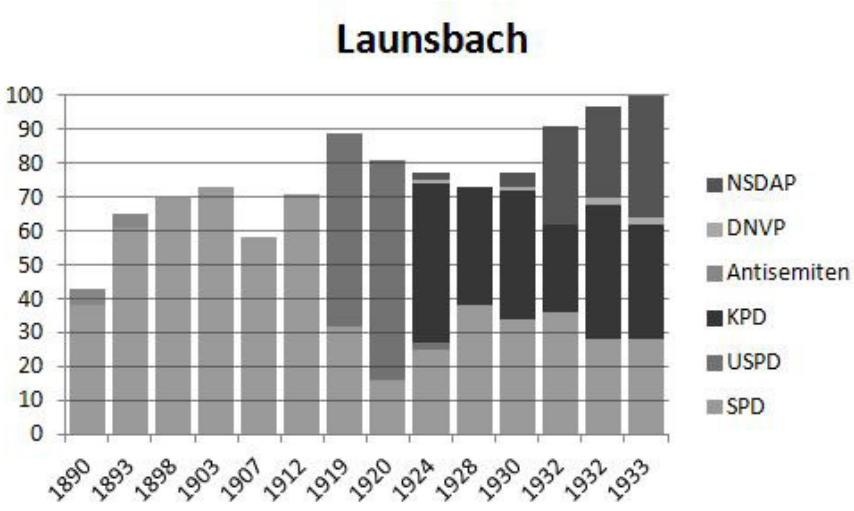
Das starke Wählerpotential der antisemitischen Parteien landete dann 1919 bei der DNVP, die mit 23% relativ stark war, dennoch gelang es der NSDAP in Wißmar nie, bei Wahlen stärkste Partei zu werden und das obwohl sich die Stimmen der Linken relativ gleich auf die beiden Arbeiterparteien verteilten. Im Vergleich der einzelnen Dörfer ist klar ersichtlich, dass ohne eigene Mitglieder in einem Dorf keine starken Wahlergebnisse zu erwarten waren und in Wißmar dauerte es bis nach der Machtergreifung, bis die NSDAP Fuß fasste. Bis dahin hatte diese Partei in Wißmar Schwierigkeiten Räumlichkeiten für Veranstaltungen zu bekommen oder den antifaschistischen Kräften der Linken gelang es, jeden Versuch von Veranstaltungen zu verhindern und die Aktivitäten der Braunhemden im Keim zu ersticken. So kam es noch im Januar 1932 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und die Antifaschisten konnten, trotz massiver Unterstützung der NSDAP durch 60 Auswärtige der SA Bieber, Rodheim, Sturm 116 Giessen und SA Krofdorf, die Veranstaltung verhindern.[11]

Die politische Entwicklung von Launsbach

Launsbach war von den Bauerndörfern Wettenbergs am ärmsten. Im Schwemmgebiet der Lahn waren die Böden zwar besser als in weiten Teilen der Krofdorfer Gemarkung, aber Launsbach verfügte kaum über Waldbesitz, ganz im Gegensatz zu Wißmar und Krofdorf-Gleiberg, was sicherlich auch Einfluss auf die Bautätigkeit hatte. So wuchs Launsbach selbst in der beginnenden Industralisierung langsamer als die anderen Dörfer und das obwohl es am nächsten an der Stadt Gießen lag, die zuerst von der Industrialisierung erfasst wurde.

Die ersten deutlichen Spuren Sozialdemokratischer Aktivität beginnen in den Dörfern Wettenbergs im Vorfeld der Reichstagswahlen von 1898 mit den Volksversammlungen, die der Krofdorfer Karl Stork zumeist für alle Wettenberger Dörfer, inklusive Gleiberg, ab 1898 anmeldete und fielen von Beginn an, an den Wahlergebnissen ablesbar, auch in Launsbach auf fruchtbaren Boden. Der kirchliche Einfluss war hier offenkundig geringer als in Wißmar

[11] Gemeindearchiv Wettenberg



Reichstagswahlen Launsbach

und das Dissidententum strahlte, wenn auch in stark abgemildeter Form, von Krofdorf-Gleiberg auf Launsbach aus. So war auch der erste SPD Vorsitzende in Launsbach, der Prozellanmaler Philipp Hahn, Dissident, also aus der Kirche ausgetreten.

Im Mai 1905 waren bereits 20 Launsbacher eingeschriebene Mitglieder der SPD, im Krofdorfer Ableger des Wetzlarer Wahlvereins. Der Launsbacher Ableger des Sozialdemokratischen Wahlvereins wurde dann, gut ein Jahr nach dem in Krofdorf-Gleiberg, am 26.3.1906 gegründet und ihm gehörten 33 Launsbacher und 30 Wißmarer Mitglieder an. Anzumerken ist hier noch, dass es Anfang 1906 bereits 113 Mitglieder des Wahlvereins in den Wettenberger Dörfern gab, die meisten in Gleiberg (43!), in Krofdorf etwas weniger (41), wobei die Launsbacher im Verhältnis zu der Zahl der Einwohner dazwischen lagen (29).

Bei den ersten Reichstagswahlen, bei denen die SPD im Wahlkreis Wetzlar Altenkirchen einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, im Jahre 1890, erreichte die SPD in Launsbach fast 40%. Das war mehr als in Krofdorf, allerdings nur halb soviel wie in Gleiberg und es dauerte bis 1898, bis Krofdorf Launsbach überflügeln konnte.

Mit Beginn der Weimarer Republik änderte sich zweierlei, die Wähler gingen mehrheitlich von der SPD zur radikaleren USPD und die Arbeiterparteien profitierten stark von der Einführung des Frauenwahlrechts. Zu Zeiten der Weimarer Republik lagen dann die Launsbacher Ergebnisse der Arbeiterpar-

teien vor den Krofdorfern, mit einem stärkeren Schwergewicht auf der KPD. Bis 1932 gelang es der NSDAP nicht, stärkste Partei zu werden, 1933 lag sie dann zwar knapp vor der KPD, die zusammen mit der schwächeren SPD aber immer noch über 60% der Wähler hinter sich hatte.

Launsbach gehörte auch zu den Hochburgen der Arbeiter- Sport- und Kulturbewegung. So galt der 1876 gegründete Gesangverein Liedertafel, der sich 1906 dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund anschloss, bereits 1892 als sozialistischer Verein, weshalb der Dirigent, Lehrer Hofmann, den Dirigentenstab niederlegen musste. Im Jubiläumsjahr 1926 hatte der Verein 80 aktive Sänger und 45 passive Mitglieder - und das in einem Dorf mit 800 Einwohnern.

Freie Turner Launsbach

Auch die Freie Turnerschaft hatte zahlreiche Mitglieder und sowohl aktive Frauen- als auch Männerriegen.

Die Entstehung der NSDAP

Obwohl das erste „Wettenberger“ NSDAP Mitglied ein Launsbacher war, ging die Organisierung der Rechtsextremen eindeutig von Krofdorf aus. Hier entstand die erste Ortsgruppe, die in der ersten Phase auch die Launsbacher

Parteimitglieder mit organisierte. Im damaligen Krofdorfer Ortsteil Gleiberg bekam die NSDAP in der gesamten Entwicklung buchstäblich kein Bein auf den Boden; vor der Machtübernahme gab es kein einziges Mitglied und bis zum 2. Eintritt dauerte es bis 1937 und insgesamt waren es dann kaum mehr als eine Handvoll, die nicht in Erscheinung traten.

Wißmar war bis 1933 Nazifrei, was sich nach dem Eintritt des Lehrers Wilhelm Schnorr – das war der, der beim Anrücken der Amerikaner den Krieg noch gewinnen wollte – schnell änderte. Nachdem der Anfang gemacht war, traten etliche arrivierte Bauern in die NSDAP ein.

Insgesamt lag der Organisationsgrad in den drei Dörfern Krofdorf, Launsbach und Wißmar in etwa auf ähnlichem Niveau. Prozentual, gemessen an der Gesamtbevölkerung, waren das mit knapp 7% immer noch deutlich weniger als die fast 10% im gesamten 3. Reich.

Die erste Ortsgruppe der NSDAP

Der erste Krofdorfer trat am 1.10. 1930 in die NSDAP ein und erhielt die Mitgliedsnummer 318199[12]. Als die Ortsgruppe Krofdorf der NSDAP im März oder April 1931 als erste Gruppe im abgetrennten Ostteil des damaligen Kreises Wetzlar[13] gegründet wurde, hatte sie 10 Mitglieder und fungierte als Stützpunkt für alle drei heutigen Wettenberger Ortsteile[14]. Im gesamten Kreis gab es zu dieser Zeit 500 eingeschriebene NSDAP Mitglieder, die meisten davon in Oberwetz, das bei 300 Einwohnern und weniger als 200 Wählern 130 bis 140 NSDAP Mitglieder hatte. Die Hochburgen befanden sich mit Ausnahme von Ehringshausen (50 bis 60 Mitglieder bei 2000 Einwohnern) alle im Südteil des Kreises, wo bereits vorher die antisemitische Böckel-Bewegung Wahlerfolge erzielt hatte. Bis Februar 1932 kamen noch 7 Ortsgruppen und Stützpunkte hinzu, sodass im Kreis Wetzlar zu dieser Zeit 18 Ortsgruppen existierten.[15]

Bis zur Machtübertragung an Hitler, durch seine Ernennung zum Reichskanzler, gab es 38 eingetragene NSDAP Mitglieder in Krofdorf, des weiteren hatte der Stützpunkt noch 5 Mitglieder in Launsbach.[16] Wißmar war bis dahin noch von der braunen Pest verschont geblieben und der Blockwart für den Wißmarer Weg in Krofdorf und das Dorf Wißmar war einer der Krofdorfer Spitzbuben, die in der NSDAP der ersten Zeit einen hohen Anteil hatten und dann in allen möglichen Pöstchen untergebracht wurden.

[12] HHStAW Abt. 483 Nr. 4292a. Die Liste von Bürgermeister Mandler lässt K.D. aus und weist Eintrittsdaten so aus, dass der erste kein gebürtiger Krofdorfer war.

[13] Rodheim gehörte bis zur Kreisreform 1932 zum Kreis Biedenkopf

[14] Quelle: Mandler Liste. Nimmt man alle später Ausgetreten, Gefallene Verzogene und fehlende hinzu, kommt man nach Unterlagen HHStAW auf die doppelte Anzahl

[15] LHAKo 403/167

[16] Mandler Liste

Nachdem die Nazis an der Macht waren, stieg die Mitgliederzahl der NSDAP nicht nur stark an, sondern es veränderte sich auch die Struktur der Mitgliedschaft. Bis Januar 1933 war die Hälfte der Eintretenden unter 25 Jahre alt, danach brach die Partei stark in den Kern der Bevölkerung ein, sie etablierte sich und wurde endgültig salonfähig. Dahinter verbirgt sich nicht in erster Linie Opportunismus und erst recht nicht äußerer Druck, es widerspiegelt das Eindringen der Ideologie des Faschismus in die Köpfe der Menschen. Es musste niemand in die NSDAP eintreten, was auch daran ersichtlich ist, dass aus den Unterlagen für Wettenberg zusammen 22 Austritte und 9 Ausschlüsse dokumentiert sind - bei keinem einzigen davon gibt es irgendwelche Hinweise auf Sanktionen, es sei denn, dass einem Ausschluss eine Straftat zugrunde lag.

Aus den vorliegenden Unterlagen ist auch ersichtlich, dass die NSDAP um Mitte 1934 die Aufbauphase als abgeschlossen ansah: Ab diesem Zeitpunkt greifen auch in Krofdorf-Gleiberg die Aufnahmeerschwernisse, mit denen man Opportunisten draußen halten wollte und man erlegte den „Anwärtern“ Bewährungsphasen auf und verzögerte ihre Eintritte bis auf ganz wenige Ausnahmen, wahrscheinlich HJ-Funktionäre, bis 1937.

Bis 1940 wuchs die Anzahl der NSDAP Mitglieder in Krofdorf-Gleiberg auf über 137, für die SA sind 72 Mitglieder aktenkundig, 76 für die NS-Frauenschaft und 16 für den NSKK[17].[18]. In Gleiberg bekam die NSDAP nie wirklich einen Fuß auf den Boden, in Krofdorf war die Position schwächer als im Gesamtreich, aber es gelang ihr im Gegensatz zu Gleiberg durchaus, sich zu etablieren.

Vom Stützpunkt Launsbach zur Ortsgruppe

Obwohl Launsbach erst in 1933 ein eigener Stützpunkt wurde, vorher waren die Launsbacher NSDAP Mitglieder in Krofdorf gemeldet, war der erste eingeschriebene Nazi in den Dörfern Wettenbergs ein Launsbacher. Sein Eintritt datiert auf den 15.9.1930 und der damals 27jährige bekam die Mitgliedsnummer 318122. Der nächste bekannte Eintritt erfolgte am 2.1.1931, die Mitgliedsnummer ist zwar nicht bekannt, aber August Bechthold bekam am 12.2.1937 720 RM „Ehrenunterstützung“ der NSDAP weil er „in der Kampfzeit als SA Mann im Dienst der Bewegung schwer verletzt wurde“[19]. Nicht vermerkt wurde bei seiner Ehrung, dass er von seinen eigenen Leuten verletzt worden war. Der Vorfall ereignete sich am 7. Juli 1932 in Hermannstein, wo es nach Provokationen der Nazis zu einer Auseinandersetzung mit Antifaschisten kam, bei

[17] Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps

[18] Gemeindearchiv Wettenberg. Vgl. auch Leib 1974. In Unterlagen im Staatsarchiv findet man 192 Krofdorfer Namen und 9 Gleiberger

[19] HHStAW Abt.: 483 Nr.: 4297a

der Bechthold von einem SA Mann aus Weidenhausen angeschossen wurde.

Die nächsten beiden Eintritte datieren vom 1.4.1931 und sind insoweit erwähnenswert, dass der erste im selben Jahr und der andere im Folgejahr wieder austraten. Beiden ist nichts passiert, obwohl über den zweiten ein Dossier des späteren Ortsgruppenleiters existiert, dass jener sich in der Folge im kommunistischen Sinn betätigt habe.

Erster Leiter des Stützpunktes wurde dann am 1.4.1934 Hermann Bittendorf, der am 1.6.1932 eingetreten war (Mitglieds Nr. 1215364). Am 30. März 1933 wurde dann nach den Kommunalwahlen der Bürgermeister gewählt. Hierbei bekamen der seitherige Amtsinhaber (seit 1.2.31, Nachfolger von Albert Pfaff, KPD) Wilhelm Bechthold (Hausnummer 154) und sein Gegenkandidat Albert Bechthold (Hausnummer 77) jeweils 5 Stimmen. Per Losentscheid wurde dann der bisherige Amtsinhaber und Sozialdemokrat im Amt bestätigt. Wenige Tage später, am 8. April 1933 wurde Wilhelm Bechthold dann per Verfügung des Landratsamtes in Wetzlar abgesetzt und Albert Bechthold, zunächst kommisarisch, zum Nachfolger bestimmt. Der Abgesetzte, der vorher ein Kolonialwarengeschäft hatte, das er bei Amtsantritt aufgab, wurde arbeitslos und bezog bis Ende September Fürsorgeunterstützung. Albert Bechthold trat dann am 1.5.1933 in die NSDAP ein (Mitglieds-Nr. 2394428).

Am 22.10.1936 wird Albert Bechthold dann als Nachfolger von Hermann Bittendorf zum Stützpunktleiter, und als der Stützpunkt am 20.9.1938 zur Ortsgruppe erhoben wird, zum Ortsgruppenleiter ernannt. Bechthold führte mit seinem Vorgänger eine jahrelange erbitterte Fehde, die in den Akten deutliche Spuren hinterließ. Zu diesem Zeitpunkt hatte die NSDAP Launsbach nach den vorliegenden Unterlagen 50 Mitglieder, wenn man die 5 bis dahin wieder ausgetretenen mitrechnet.

Am 3. 9. 1939 wird Bittendorf das erste Mal aus der NSDAP ausgeschlossen, weil er sich geweigert habe zu sammeln. Kreisleiter Haus schreibt in seiner Ausschlussverfügung: “Sie haben am 8.3.39 in Launsbach die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe in meuterischer Form gestört und durchaus unberechtigte Vorwürfe gegen Ihre Führer erhoben, sodass aufgrund dieses disziplinlosen Verhaltens, das als parteischädigend angesprochen werden muss, ein weiteres Verbleiben in der Partei als der Ehrengemeinschaft des Volkes unmöglich ist.“[20] Das Kreisgericht der NSDAP hob dann dieses Urteil[21] wieder auf.

Am 24.2.1943 wird dann Bittendorf erneut von Kreisleiter Haus per „Einstweiliger Verfügung“ aus der NSDAP ausgeschlossen, er habe nach Mitteilung der Kriminalpolizei Wetzlar - was auf seinem eigenen Geständnis beruhe -

[20] Abt 483 Nr. 4297 a
[21] den Ausschluss

mit einer Sowjetrussin intime Beziehungen unterhalten.[22] Zwei Tage später wird er festgenommen und am 30.4. nach Frankfurt in U-Haft überführt. Am 20. Mai kommt er dann ins KZ Sachsenhausen und am 16.12. wird er wieder aus der Schutzhaft entlassen. Beschuldigt wurde er, als Lagerführer eines Ostarbeiterlagers mit einer Ostarbeiterin intimen Verkehr gehabt zu haben.

Entstehung der Ortsgruppe Wißmar der NSDAP

Der NSDAP Stützpunkt Wißmar wurde erst am 25.4.1933 gegründet und wurde bereits am 1.4.1934 zur Ortsgruppe, was auch vom rasanten Wachstum zeugt. Bis zum Machtantritt Hitlers gab es in Wißmar keine NSDAP-Mitglieder, was sich dann aber schnell änderte. Die ersten Eintritte datieren auf den 1.4.1933, unter ihnen der erste Leiter des Stützpunktes und spätere Bürgermeister Ludwig Best[23] und der Wißmarer Volksschullehrer Wilhelm Schnorr[24]. Letzterer wurde umgehend Propaganda- und Presseleiter, übernahm dann auch noch zusätzlich die Verantwortung erst für Organisation, dann auch noch für Schulung und darf für die Jahre bis 1936 getrost als Mentor und der eigentliche Kopf der Wißmarer NSDAP gelten. Nebenbei spielte er in der Kirche noch die Orgel. Mit Datum 29.11.1944 wird ihm zum wiederholten Male in einer Stellungnahme zur Beförderung zum Hauptlehrer und Schulleiter in Wißmar „politische Zuverlässigkeit in jeder Hinsicht gegeben“, bescheinigt.[25] Lehrer Schnorr wird nach der Rückkehr zur Demokratie zunächst suspendiert, kehrt aber danach wieder in den Schuldienst zurück, wie fast alle seiner Kollegen, die Mitglied der Nazipartei waren. Schnorr betätigte sich auch nach 1945 noch als sogenannter *Heimatforscher* und genoss als solcher auch noch hohe Anerkennung.

Mit diesem Eintritt eines respektierten Wißmarers schienen alle Dämme zu brechen, bis zum 1.5.1933 sind über 50 Eintritte in die Ortsgruppe Wißmar nachweisbar, davon über 10 Landwirte. Von den ersten Wißmarer Nazis traten dann sukzessive 11 wieder aus, 4 wurden in den ersten Jahren ausgeschlossen.[26]

Die Dörfer Wettenbergs im 3. Reich

Die Dörfer Wettenbergs waren in der Zeit des Faschismus berüchtigte Widerstandsnester, insbesondere im ersten Jahr nach der Machtübergabe an Hitler

[22] ebda.
[23] NSDAP Mitglieds-Nr. 1677419, Eintritt 1.4.1933
[24] NSDAP Mitglieds-Nr. 2647946, Eintritt 1.4.1933
[25] HHStAW Abt 483, 4494c
[26] HHStAW Abt. 483 Nr. 4415/4416

wurden hier regelmäßig Flugblätter verteilt und auch hergestellt. Am 20. März 1933, also noch nach den von Hitler kontrollierten Reichstagswahlen, schrieb der Bürgermeister des Amtes Atzbach-Launsbach an den Wetzlarer Landrat: "Trotz aller Verbote werden in den von kommunistisch-sozialistischer Bevölkerung durchsetzten Ortschaften Krofdorf, Gleiberg, Launsbach und Wissmar immer wieder Flugblätter verteilt, die anscheinend aus der Parteizentrale der K.P.D. in Giessen stammen."[27]

Das nahm unter der scharfen Verfolgung zwar ab, flackerte aber immer wieder auf. In Gleiberg wurde mehrfach der gesamte Ort durchsucht, ohne greifbare Erfolge. Eine vergleichende Wertung des Widerstandes in den einzelnen Dörfern ist auf Grund der sehr lückenhaften Beleglage kaum möglich, als gesichert kann lediglich angesehen werden, dass sowohl die Aktivität, als auch die Verfolgung in Gleiberg am heftigsten war. Mehrere Personen verbüßten längere Haftstrafen, am schwersten erwischte es den Wißmarer Antifaschisten Wilhelm Mandler, der im Gefängnis zu Tode kam und den Krofdorfer Kommunisten Louis Schleenbecker, der fliehen musste.

Krofdorf-Gleiberg in der Zeit des Faschismus

Mit dem 30. Januar 1933 setzte auch in Krofdorf-Gleiberg der Terror gegen die Arbeiterbewegung ein. Nach dem inszenierten Reichstagsbrand am 27. Februar wurden die demokratischen Rechte durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933[28] bereits außer Kraft gesetzt und es war jede politische Aktivität der beiden Linksparteien SPD und KPD faktisch unterbunden. Sie durften wohl noch zu den letzten formell „freien" Wahlen am 5. März 1933 antreten, die KPD Abgeordneten wurden aber an der Aufnahme ihrer Tätigkeit gehindert und verhaftet, soweit ihnen nicht die Flucht gelang. Die NSDAP erreichte trotz aller Behinderungen keine eigene Mehrheit, legte aber stark auf fast 44% zu. Die SPD verlor gut 2 Prozentpunkte und kam auf 18,3%, die KPD büßte 4,6 Prozentpunkte ein und kam auf 12,3%.

In Gleiberg erreichten die beiden Arbeiterparteien ihr gewohntes Ergebnis von über 85% mit deutlichem Übergewicht der KPD und in Krofdorf konnten die beiden Linksparteien ihr absolutes Stimmenergebnis halten, prozentual sank der Anteil leicht auf knapp 43% wobei die SPD Stimmen von der KPD zurückgewann und fast wieder doppelt so stark wie die Kommunisten wurde.

Drei Tage nach der Reichstagswahl wurden die Sitze der KPD annuliert und die KPD, die 1923 bereits unter der sozialdemokratischen Ebert Regierung einige Monate verboten war, von den Nazis reichsweit faktisch verboten.

[27] HHStAW Abt. 423 Nr. 1069

[28] auch *Reichstagsbrandverordnung* genannt

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass diese Regierung nicht mehr abwählbar sein würde.

Am 24. April 1933 organisierten die Nazis in Krofdorf Demonstrationen und Pöbeleien gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister Brockmeier, der von dem Mob misshandelt und eingesperrt wurde. Dies war der willkommene Anlass, Bürgermeister Brockmeier in *Schutzhaft* zu nehmen, wie man das willkürliche Wegsperren, ohne richterliche Anordnung, ohne Anklage, ohne die Möglichkeit Rechtsmittel dagegen einzulegen, ohne gesetzliche Grundlage, ohne zeitliche Begrenzung verharmlosend und verhöhnend nannte. Nachdem man ihn des Amtes enthoben und den stellvertretenden Kreisleiter Haus aus Bieber zu seinem *Vertreter* bestellt hatte, wurde er dann wieder freigelassen.

Am 22. Juni 1933 ereilte die SPD das gleiche Schicksal wie die KPD vorher. Reichsinnenminister Frick erklärte die SPD zur staats- und volksfeindliche Partei, die nicht vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung zurückschrecke. Ihre Mandatsträger wurden von der weiteren Wahrnehmung ihrer Mandate ausgeschlossen, womit die SPD reichsweit ebenfalls faktisch verboten wurde. Danach folgten in Krofdorf-Gleiberg, wie in anderen Orten, die Verbote der Arbeitergesangvereine sowie der Arbeiterturnvereine in Gleiberg und in Krofdorf, das Geld der Vereine wurde eingezogen, Geräte, Noten und ähnliches an die zumeist willfährig gleichgeschalteten Konkurrenzvereine verteilt.[29]

Demonstration in Krofdorf

Bürgermeister Brockmeier in Schutzhaft.

Krofdorf. Gestern abend kam es hier zu Demonstrationen gegen den Bürgermeister des Amtes Atzbach-Lamsbach, Brockmeier. Eine große Menschenmenge sammelte sich vor der Wohnung des Bürgermeisters und forderte in Sprechchören die Einsetzung eines nationalsozialistischen Bürgermeisters und das Erscheinen des Bürgermeisters Brockmeier. Er wurde daraufhin von den Leuten in die Mitte genommen und nach dem Arrestlokal gebracht. Inzwischen war ein größeres Polizeiaufgebot von Wetzlar herbeigerufen worden, das Bürgermeister Brockmeier in Schutzhaft nahm. Unter der Bevölkerung kehrte dann wieder Ruhe ein.

WA 25. April 1933

Die Wahlen im November sahen bereits nur noch eine Einheitsliste der NSDAP vor und die Benutzung der Wahlkabine machte bereits verdächtig, dennoch stimmten in Gleiberg noch 45% mit *nein* und in Krofdorf waren es noch respektable 18%.[30]

Nach diesem blamablen Wahlergebnis musste die Freireligiöse Gemeinde *dran glauben* und wurde als *Sammelbecken für Marxisten* verboten, danach als gleichgeschalteter Verein wiedergegründet, um dann im November 1934 erneut verboten zu werden.[31]

[29] vergleiche Leib 1974

[30] Wahlergebnisse nach Leib 1974

[31] Bender 2014, Dissidenten Mucker Tumultuanten. 150 Jahre freireligiöse Gemeinde

Selbst bei der Wahlfarce 1936, bei der die NSDAP reichsweit 98,8% Ja-Stimmen für sich reklamierte, hatten in Krofdorf immer noch 48 und in Gleiberg 34 Menschen den Mut, Hitler die Gefolgschaft zu verweigern, das entspricht 3,4% in Krofdorf und 12,6% in Gleiberg. Die Wähler wurden nicht nur beobachtet, sondern die Widerspenstigen wurden auch namentlich registriert. Offenkundig waren Führungsschienen in den Wahlurnen angebracht, die sicher stellten, dass die Wahlzettel auf einem geordneten Stapel landeten; nun brauchte man nur noch die Reihenfolge der Wähler zu notieren und wusste was jeder gewählt hatte.[32] Für Krofdorf-Gleiberg sind diese Listen erhalten geblieben und weisen folgende Namen auf:

> **Krofdorf:** Elisabeth Bindewald, Karl Wagner sr., Hermann Schieferstein, Philipp Valentin, Katharine Valentin, Wilhelmine Pfaff, Wilhelm Kreuder, Anna Kreuder, Marie Bussweiler (Villingen), Albert Pfaff, Paul Becker, Helene Heinz, Karl Bender, Wilhelmine Bender, Margarete Leib, Karl Stork, Karl Rinn, Margarete Euler, Johanette Schmidt, Wilhelm Schmidt, Karl Bechthold, Karl Fr. Bender, Elli Schmidt, Jakob Loh, Karl Steih, Klara Schleenbecker, Eduard Nickel, Otto Schmidt, Erna Schmidt, Adam Schieferstein, Albert Schmidt, Gustav Leib, Karoline Leib, Albert Fink, Mina Fink, Karl Valentin, Erna Lutz, Willy Moos, Karl Debus, Elisabeth Schnepp, Wilhelm Krauskopf, Ludwig Volkmann, Ludwig Fabel, Karl Fabel, Johannette Fabel, Karl Bittendorf sr., Karl Leib, Reinhard Lutz.
> **Gleiberg:** Katharine Ekarius, Johann Lust, Lina Leib, Albert Seel, Adolf Volkmann, Anton Leib,Regine Volkmann, Albert Lautz, Paul Lautz, Adam Leib, Karl Weber, Marie Bremer, Gustav Valentin, Wilhelm Hillgärtner, Emmi Lautz, Christine Schneider, Luise Wagner, Otto Rüspeler, Luise Schwalb, Ernst Lautz, Wilhelm Leib, Ludwig Schwalb, Elisabeth Rüspeler, Otto Lautz, Karl Schubecker, Adolf Koch, Elisabeth Steiss, Wilhelmine Lautz, Wilhelm Schwalb, Meline Leib, Albert Göbler, Ida Schubecker, Ernst Schubecker, Lina Hofmann.[33]

Unter diesen Namen sind einige zu finden, die man dem örtlichen Widerstand zurechnen kann, aber auch alte Sozialdemokraten und völlig unpolitische Menschen, die aus Solidarität mit den Verfolgten Hitler die Gefolgschaft verweigerten. In jedem Fall widerlegen solche Listen, *dass man mitmachen musste*, oder dass viele ja im Geiste dagegen gewesen wären. Auch in Krofdorf-Gleiberg

Krofdorf-Gleiberg. S. 252 ff.

[32] DER SPIEGEL, Donnerstag, 24. November 1949, S. 7 f.

[33] HHSTAW 483/11278

war man mehrheitlich antisemitisch und völkisch-nationalistisch eingestellt. Die Deportation von Gustav Rosenthal und seiner Familie wäre sicher nicht zu verhindern gewesen, aber die Initiative hierzu ging von Krofdorf aus und es ging um die Wohnung, die für einen „Volksgenossen“ frei gemacht werden sollte, wie Dokumente eindeutig belegen[34].

Auch in Krofdorf-Gleiberg wurden Zwangsarbeiter ausgenutzt und diskriminiert und auch da waren es nur wenige, die diesen Menschen wirklich halfen.

Auch in Krofdorf-Gleiberg bejubelte man den Krieg und war vom Endsieg überzeugt und es waren selbst dann noch wenige, die die Unausweichlichkeit der Niederlage wahrnahmen, als diese bereits nicht mehr zu übersehen war. Und auch hier wurde das Ende des Schreckens als Niederlage empfunden, die man bis zum letzten Augenblick zu verhindern suchte, indem man das Eisenbahn Viadukt sprengte und nur wenige empfanden das Einrücken der Alliierten als Befreiung vom Faschismus.

Der organisierte Widerstand gegen den Faschismus

Die Grenzen zwischen organisiertem Widerstand und anderen Formen sind zuweilen fließend und ineinander übergehend. Wenn auf einer Kirmes in Gleiberg nach 1933 noch die Internationale auf der Trompete gespielt wird, oder Arbeiterlieder gesungen werden, so ist das ohne organisierten Hintergrund kaum denkbar, ist aber zugleich Ausdruck einer spontanen Auflehnung gegen ein Herrschaftssystem, das in breiter Mehrheit abgelehnt wird und das wäre außer in Gleiberg an kaum einem anderen Ort denkbar gewesen.

Der Übergang von legaler politischer Betätigung zum illegalen Widerstand vollzog sich in Krofdorf-Gleiberg, wie überall im gesamten Land, insbesondere für die Kommunisten schlagartig, aber nicht unvorbereitet. Die KPD-Ortsgruppen gehörten zwar zum Kreis Wetzlar, aber es bestanden schon immer mehr Verbindungen nach Gießen als nach Wetzlar. Die Kreisleitung der illegalen KPD Gießen bestand aus Paul Obenauer aus Klein-Krotzenburg und Maria Sevenich. Beide waren Anfang 1933 auch oft in Gleiberg, da dort die Flugblätter hergestellt wurden, die dann in der gesamten Region verbreitet wurden.

Die ersten „Durchsuchungen bei den örtlichen Führern der K.P.D.“ datieren vom 3. Februar 1933, fanden also direkt nach der Machtübernahme Adolf Hitlers statt. Es ist davon auszugehen, dass diese Durchsuchungsaktionen und einige folgende damit zu tun hatten, dass man fieberhaft nach der Druckmaschine, was einen Abzugsapparat für Wachsmatritzen meinte, suchte. Bei dieser Aktion fand man dann bei Karl Ekarius ein Gewehr und bei den Gebrüder

[34] Gemeinde Archiv Wettenberg

Seel in Gleiberg, die aus einer alten sozialdemokratischen Familie stammten, einen Revolver. Albert, einer der Brüder, war nicht in der KPD und spielte 1933 auf der Kirmes in Gleiberg noch die Internationale auf der Trompete. Die roten Fahnen, die in 1933 noch in Gleiberg zu verschiedenen Gelegenheiten gehisst wurden, wurden von dem Dachdecker und Gleiberger Kommunisten, Alfred Bremer, so angebracht, dass die Nazis sogar mit Leitern Mühe hatten sie wieder zu entfernen.

Bei Karl Weber in Gleiberg fand man Drucksachen und auch bei Launsbacher und Wißmarer Genossen der KPD wurde man fündig. Bei späteren Durchsuchungsaktionen wurde sogar die Gleiberger Kirche durchsucht, da man vermutete, dass findige KPD-Genossen diese als Versteck gewählt haben könnten, in der Erwartung, dass man das als letztes vermuten würde. Auch bei dem Gleiberger Kommunisten Karl Leib suchte man die Druckmaschine - vergeblich. Paul Obenauer wurde bereits im Februar 1933 in Gleiberg verhaftet, die Druckmaschine allerdings nicht gefunden, die hatte man wohl bereits anderweitig in Sicherheit gebracht. Bei dem Kommunisten Wilhelm Ludwig in Krofdorf wurde man bei der Haussuchung fündig und beschlagnahmte im März 1933 Flugblätter.

Zumindest eine Zeit lang wurde die Druckmaschine in einem nicht mehr in Betrieb befindlichen Brunnenschacht in Gleiberg versteckt und bei Bedarf hochgeholt und nach Benutzung wieder versenkt. Die Matritzen wurden von Ria Baitz, einer Gießener Kommunistin, bekannter unter ihrem späteren Ehenamen Deeg, getippt, die Texte stammten zu Beginn oft von Maria Sevenich. Auf diese Weise wurden Flugblätter zu aktuellen tagespolitischen Fragen erstellt; umfangreichere Materialien wurden von der illegalen Bezirksleitung, teils im Saarland oder im Ausland erstellt und eingeschleust. Zeitweise erschien auch in Frankfurt eine illegale Zeitung der KPD, *Das Freie Wort*.[35]

Obenauer wurde jedenfalls im Oktober 1933 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Freilassung wurde er im Februar 1935 mit seiner Frau Margarethe erneut verhaftet und im sogenannten 88er Prozess gegen Hanauer Kommunisten erneut verurteilt. Nach 4 Jahren Zuchthaus kam er ins KZ Buchenwald wo er bis zur Befreiung der Häftlinge am 11.4.1945 einsaß.[36] Maria Sevenich floh Ende 1933 in die Schweiz, von dort 1937 nach Frankreich, distanzierte sich vom Kommunismus und wandte sich dem Katholizismus zu. 1942 wurde sie von der Gestapo in Frankreich verhaftet, nach Deutschland verbracht und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, danach erneut in Gestapohaft genommen und 1945 von den Amerikanern aus dem Zuchthaus in Darmstadt befreit. Sie gehörte dann zu den Gründern der CDU in Hessen, wechselte in

[35] Interviews mit Ria Deeg in Peter, Marianne, Links, wo das Herz ist, Gießen, 1996. S. 81 ff.

[36] nach Hanauer Hefte 3, in Marianne ‘Peter, Links, wo das Herz ist

der Folge aber zur SPD, der sie in ihrer Jugend schon einmal angehört hatte und letztlich wieder zur CDU.

Ria Baitz, wurde Ende des Jahres 1934 verhaftet und nach acht Monaten Untersuchungshaft wegen *Vorbereitung zum Hochverrat* zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt und bis 1938 eingesperrt. Sie hatte Glück, dass sie nicht direkt aus dem Zuchthaus in ein KZ überstellt wurde und so den Faschismus überlebte.

Die illegalen Aktivitäten der KPD bestanden in erster Linie in der Verbreitung ihrer zentralen Materialien, der Herstellung und Verbreitung lokaler und aktueller Flugschriften und im Sammeln von Geld für die in die Illegalität gedrängten Genossen, sowie für die Unterstützung der Familien der verhafteten Genossen. Die Verteilung der Gelder erfolgte über die *Rote Hilfe*, während die Sammlung nicht unter diesem Namen durchgeführt wurde. So erfolgten auch die meisten Verhaftungen in den Dörfern Wettenbergs in dieser Phase wegen der Verteilung von Flugblättern. Aus Krofdorf-Gleiberg bestanden Verbindungen zur Gruppe in der auch Ria Deeg, die damals noch ihren Geburtsnamen Baitz trug, mitarbeitete.

Otto Rüspeler hatte Verbindungen mit der Gruppe um Hans Rosenbaum und Walter Deeg, den späteren Ehemann von Ria Baitz. Diese Gruppe flog 1937 auf; Hans Rosenbaum, Jahrgang 1903, der Anführer der Gruppe, saß 5 Jahre im Zuchthaus, unter anderem in Butzbach und kam 1942 ins KZ Buchenwald, wo er umgebracht wurde. Walter Deeg versuchte zu flüchten und wurde in Darmstadt festgenommen, verurteilt und saß bis April 1940 im Zuchthaus. Am 1. Dezember 1942 wurde er zur Strafdivision 999 eingezogen. Er desertierte im April 1943 in Westafrika und überlebte in amerikanischer Gefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde.[37]

Die ersten Verhaftungen der Krofdorfer Kommunisten Georg Dember und Louis Schleenbecker erfolgten bereits am 13.3.1933, wenige Tage nach den Reichstagswahlen, bei denen SPD und sogar die KPD noch teilnehmen konnten, und dem Verbot der Partei. Unterlagen über die einzelnen Widerstandsaktivitäten und Durchsuchungen und Verhaftungen der Gestapo sind nur in Bruchstücken vorhanden und von daher können die Namen auf der Tafel nur den Ausschnitt widerspiegeln, der erfasst werden konnte. Eigene Aufzeichnungen über die Aktivitäten wurden aus verständlichen Gründen keine angefertigt, die Zeitungen berichteten nur schlaglichtartig über Widerstand, Verhaftungen wurden teils auch von Naziorganisationen vorgenommen, Akten wurden beim absehbaren Ende der faschistischen Herrschaft und auch noch danach vernichtet, oder gingen durch Kriegseinwirkung verloren, nicht alles in Archiven ist verzeichnet oder zugänglich. Selbst die im Widerstand aktiven

[37] Maria Deeg, Signale aus der Zelle, Gießen 1994, S. 38 ff.

Genossen kannten immer nur ihre unmittelbaren Ansprechpartner und hatten aus Sicherheitsgründen keinen Überblick über die organisierten Strukturen und die anderen Aktivisten.

Louis Schleenbecker war bis zu seiner Flucht Anfang 1934 die wichtigste Person im Widerstand in Krofdorf-Gleiberg. Er war nicht nur Vorsitzender der örtlichen KPD, sondern auch Kurier für die zentralen Materialien und einer der Aktivsten bei der Verteilung der Materialien und er sammelte für die *Rote Hilfe*, die die Familien der Festgenommenen unterstützte.

Auch unter Sozialdemokraten wurden noch nunmehr illegale Schriften weitergegeben und in diesem Zusammenhang kam es auch zu Festnahmen; örtliche Flugblätter wurden hier keine erstellt. So wurden in 1933 und 1934 Karl Bender, der nach 1945 Kreisjugendpfleger in Wetzlar wurde und auch sein Vater, Karl Bender senior, der zu den Gründern der SPD in Krofdorf-Gleiberg gehörte, festgenommen und in Schutzhaft eingesperrt.

Wie aus den Berichten des Wetzlarer Anzeigers hervorgeht, der bis Anfang 1934 noch häufiger über Polizeiaktionen gegen Widerständler schrieb, lag der Schwerpunkt der Wetzlarer Polizeiaktionen im Ostteil des Kreises, der schon immer eine Hochburg der Marxisten, wie man Kommunisten und Sozialdemokraten nannte, darstellte. Im Februar 1933 wurde vorübergehend in Limburg ein 22-köpfiges mobiles Sonderkommando der Polizei zur Bekämpfung von Unruhen eingerichtet[38], das nach einer Konsolidierungsphase innerhalb der Führung der Polizei wieder abgezogen wurde. Die Gleichschaltung der Polizei ist dann mit der Ernennung von Polizeioberleutnant Stephan zum Staatskommisar, der den Kampf gegen den Kommunismus als Schwerpunkt seiner Arbeit ansieht, abgeschlossen. Vor seiner Wetzlarer Zeit war Stephan Spezialist „zur Bekämpfung kommunistischer Propaganda und Zersetzungstätigkeit“ bei der Berliner Polizei.[39]

Ob die zwei Attentate auf Stephan, von denen der Wetzlarer Anzeiger berichtete, tatsächlich Widerstandsaktionen waren, oder lediglich aufgebauscht wurden, um Vorwände für weitere Durchsuchungen zu haben, ist nicht mehr feststellbar. Jedenfalls war Stephan einer der treibenden Kräfte bei der Verfolgung und Drangsalierung jeglicher oppositioneller Strömung in den Dörfern Wettenbergs.

Zu Beginn der Polizeiaktionen werden die willkürlich Verhafteten im Wetzlarer Amtsgerichtsgefängnis, bei der Gestapo Hauptwache am Buttermarkt und auch in Behelfseinrichtungen eingesperrt; zeitweilig sind auch vorübergehend Lager eingerichtet worden, oder wurden Widerständler bis zur Abholung nach Wetzlar im Spritzenhaus eingesperrt. Die Haftdauer ist zumeist nur schwer

[38] WA vom 4. Februar 1933
[39] WA vom 8. April 1933

nachvollziehbar, da die Festnahmen oft auch durch SA, NSDAP-Dienststellen und auch Unautorisierte erfolgten und zudem viele Unterlagen vernichtet wurden.

Nach einem Bericht des Wetzlarer Anzeigers wurde dann am 10. Juli 1933 das sogenannte Schutzhaftlager *Polizeigewahrsam Jäcksburg* in Wetzlar eingerichtet, eines der frühen „wilden“ Konzentrationslager. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Artikels, zwei Tage nach Eröffnung des Lagers, „sind 38 Menschen dort inhaftiert. 13 aus Wetzlar, 17 aus Wißmar, 5 aus Krofdorf, je einer aus Tiefenbach, Atzbach und Neukirchen.“ Die meisten davon Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten, die wegen staatsfeindlicher Betätigung festgenommen wurden. Im selben Bericht wird auch ganz unverblümt über die Existenz „großer Konzentrationslager“ berichtet.[40]

In mehreren Wellen fanden immer wieder großangelegte Aktionen der Gestapo statt, bei denen in Gleiberg nahezu jedes Haus durchsucht und ein LKW benötigt wurde, um die Verhafteten nach Wetzlar zu bringen. Auch in Krofdorf fanden ähnliche Aktionen statt, wenn auch relativ gesehen in kleinerem Umfang. Anknüpfungspunkt waren die immer wieder auftauchenden Flugblätter, wobei die örtliche Erstellung solcher Materialien ein zusätzlicher Ansporn für die Gestapo war, die Quellen aufzuspüren und die Widerstandszirkel durch Verbringung ins KZ, oder indem man sie zur Flucht trieb, unschädlich zu machen.

Meist wurden die Festgenommenen nach ein paar Tagen wieder frei gelassen, es drohte aber jederzeit die Unterbringung in einem Arbeitslager oder im KZ, oder die erneute Festnahme. So tauchen auf einer Liste der Gestapo vom 20. Juni 1933, die die Unterschrift von Stephan trägt, die Krofdorfer Kommunisten Peter Ottinger, der bei Louis Schleenbecker zur Miete wohnte, und Johann Jung, sowie der Krofdorfer Sozialdemokrat Karl Bender (geb. 1910) und der Krofdorfer Gewerkschafter Ernst Schneider auf. Überschrieben ist diese Liste mit: „Für die Unterbringung von Schutzhäftlingen in Konzentrationslagern kommen bei meiner Dienststelle vorläufig die nachstehend aufgeführten Personen in Frage:“[41] Peter Ottinger taucht auf einer Liste „Zum Abtransport in ein Arbeitslager wurden folgende Schutzhäftlinge gemeldet:“ erneut auf. Ebenfalls auf dieser Liste steht Louis Schleenbecker.[42]

Wenige Tage später, in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni findet wieder eine größere Fahndungsaktion statt, bei der einige Krofdorfer und Gleiberger Kommunisten beim Verteilen von Flugblättern erwischt werden. Neben Louis Schleenbecker, Karl Stork und Otto Rüspeler geraten auch Karl Schmidt,

[40] WA vom 13. Juli 1933
[41] HHStAWi 423/1069
[42] HHStAWi 483/11276

Ernst Koch, Karl Röhrsheim und Karl Will in die Fänge der Gestapo.[43]

Die jeweiligen Folgen solcher Verhaftungen sind kaum absehbar und spiegeln die völlige Willkür der Maßnahmen der Polizei und der Justiz wieder. Manch einer kassierte drakonische Strafen für relativ kleine Vergehen, andere kamen glimpflicher davon oder konnten sich rausreden. In der ersten Phase, bis zur völligen Gleichschaltung des Staatsapparates konnte das auch davon abhängen an wen man da geriet, ein Faktor, der gerade in kleineren Dörfern oft den Ausschlag geben konnte. So hatte der Krofdorfer Kommunist Georg Dember Glück, dass er bei einer Anklage wegen *Vorbereitung zum Hochverrat* freigesprochen wurde. Das Verfahren wegen Landesverrat gegen den Gleiberger Hermann Hartmann wurde 1934 ebenfalls eingestellt. Der Gleiberger Wilhelm Kümmel wurde 1936 wegen „politischer Vergehen“ zu 2 Wochen Haft verurteilt, die Strafe wurde dann im Rahmen der *Rheinlandamnestie* anlässlich der Besetzung des Rheinlandes erlassen.

Hermann Pfaff, der spätere Direktor von Schunk & Ebe in Heuchelheim, der damals der KPD angehörte und nach 1945 zur SPD wechselte, wurde mehrfach in Schutzhaft genommen. Er musste ebenso wie der im September erneut verhaftete Karl Röhrsheim und andere Meldeauflagen erfüllen und mit der Einweisung ins KZ rechnen. Zu den Krofdorfer Sozialdemokraten, bei denen Haussuchungen vorgenommen wurden, gehörte auch Wilhelm Schmidt.

Frauen galten bei den Nazis als unpolitisch und hatten von daher eher einen Bonus, wenn man mal von den Aktivistinnen in vorderster Linie, wie Ria Deeg und Maria Sevenich absieht; dennoch waren unter den Schutzhäftlingen auch immer wieder Frauen. Aktenmäßig verbürgt ist das von den Gleiberger Kommunistinnen Elisabeth Rüspeler, Bertha Weber und Elisabeth Wagner, die zusammen mit ihren Männern festgenommen worden waren. Nach der Entlassung wegen Haftunfähigkeit von Albert Wagner mussten sich dann Albert und Elisabeth Wagner täglich auf der Bürgermeisterei melden.

Andere Formen des Widerstandes

Der organisierte Widerstand der KPD hätte allenfalls ganz zu Beginn Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn er zur Massenbewegung geworden wäre: So unwahrscheinlich das erschien, mit der zögerlichen bis abweisenden Haltung der Gewerkschaften und der SPD und der tiefsitzenden Spaltung der Arbeiterbewegung war er von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Mit jedem verhafteten Genossen, erst Recht mit jedem, der in die Emigration gezwungen wurde und mit jedem im KZ Ermordeten wurde der Widerstand schwächer und mit jedem, der der demagogischen Propaganda der Faschisten auf den Leim ging,

[43] HHStAWi 423/1069

wurde die Hitlerdiktatur gestärkt und der Krieg rückte näher.

Die ernsthaften Bibelforscher

Zu den aufrechtesten Gegnern der Hitlerdiktatur zählten die sogenannten „ernsthaften Bibelforscher“, die Zeugen Jehovas, eine Religionsgemeinschaft, die bereits vor 1933 von den etablierten Großkirchen als Sekte verunglimpft wurde und selbst heute noch wird. Sie verweigerten den Hitlergruß, hielten sich von den Wahlen fern und viele von ihnen waren pazifistisch eingestellt und verweigerten den Wehrdienst. Zudem fielen sie auch durch ihre intensive öffentliche Missionstätigkeit auf. Sie betonten zwar ihre religiöse Orientierung und ihre unpolitische neutrale Haltung und versuchten in 1933 noch durch Zugeständnisse ihre Legalität zu erhalten, was aber letztlich nicht zum gewünschten Erfolg führte: Am 24. Juni 1933 wurde ihre Organisation reichsweit verboten, nachdem zuvor bereits in einzelnen Ländern Verbote ausgesprochen worden waren.

Nach diesem Verbot organisierten die Zeugen Jehovas international Proteste gegen die Unterdrückung ihrer Glaubensbrüder in Deutschland und machten 1936/37 auch mit Flugblattaktionen in Deutschland auf ihre Situation aufmerksam. Die Anzahl der verteilten Flugblätter wird auf bis zu 100.000 geschätzt, womit diese Aktionen zu den breitesten Widerstandsaktionen dieser Zeit zu rechnen sind.

Im kirchenfernen Krofdorf-Gleiberg spielte diese Organisation im Gegensatz zu Fellingshausen, wo sogar der NSDAP-Bürgermeister als angeblicher Anhänger der Bibelforscher des Amtes enthoben und eingesperrt wurde, keine große Rolle und dennoch ist eine Familie, die vorübergehend in Krofdorf-Gleiberg wohnte, zum örtlichen Widerstand zu rechnen, nämlich das Ehepaar Auguste und Albert Godglück. Sie stammte aus Gießen, er aus Stralsund und beide waren am 1. April 1940 von Leihgestern, wo sie seit 1937 wohnten, nach Krofdorf-Gleiberg gezogen, wo sie ein Haus gemietet hatten. Albert war zwar nach den Gerichtsakten „eine Zeitlang Mitglied der U.S.P.D. und dann bis 1922 Mitglied der K.P.D.“, ein politischer Hintergrund ist aber daraus nicht ableitbar. Im November 1940 vermietet er eine Wohnung des Hauses an ein Ehepaar und wird von diesem im März 1941 wegen des Hörens von Feindsendern angezeigt, nachdem bereits in 1939 ein Verfahren gegen den Ehemann wegen „Vergehens gegen das Heimtückegesetz und wegen Beleidígung des Führers“ eingestellt wurde.[44] Beide waren aus der Kirche ausgetreten, eine Mitgliedschaft bei den Zeugen Jehovas konnte nicht nachgewiesen werden, der Vorwurf der innerlichen Nähe reichte aus.

[44] HHStAWi 461/8290

Auguste wird während die Ermittlungen bereits laufen am 16.5.1941 in Gießen festgenommen, wo sie von Haus zu Haus gehend Bibeln zum Verkauf anbot und dabei ein Werbeblatt der Zeugen Jehovas vorzeigte. In der Urteilsbegründung wird dazu wörtlich ausgeführt: „Während der Verkauf der Bibel nicht verboten ist, stellt das gleichzeitige Werben für die Lehre Jehovas im Sinne der JBV. eine verbotene und strafbare Handlung dar.“ In der Urteilsbegründung wird weiter ausgeführt, dass die beiden auch Inhalte der Sendungen des englischen Senders weiter verbreitet hätten.

Albert Godglück wird als „Verfügungsberechtigter“ über das Rundfunkgerät zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt und nach Verbüßung der Strafe am 15. September 1942 aus der Haft entlassen. Auguste wird zu Gute gehalten, dass sie in einer gewissen Abhängigkeit stand, was das Rundfunk hören anging - sie erhält 9 Monate für das Feindsender hören, dafür allerdings weiter 6 Monate für ihr Werben für die Zeugen Jehovas, was zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis zusammengezogen wurde. Sie wurde am 31. März 1942 aus der Haft entlassen und der Polizei überstellt, die sie am 21. Mai 1942 in das KZ Ravensbrück einwies. Sie überlebte das KZ und beide wohnten anschließend wieder in Gießen.

Feindsender hören

Nach Kriegsbeginn nahm ein vorher weniger beachtetes Delikt zunehmend größere Ausmaße an, die sogenannten Rundfunkverbrechen: Das Hören von Feindsendern. Bereits ab 1933 waren Kommunisten wegen des Hörens von Radio Moskau, was als Vorbereitung zum Hochverrat verfolgt wurde, ins KZ verbracht worden. Mit dem Verbot aller sozialistischen Zeitungen und der Gleichschaltung der Presse waren die Flugblätter und Druckschriften der illegalen Parteien SPD und KPD die einzigen spärlichen Informationsmöglichkeiten über den Widerstand und die internationale Lage, hinzu kamen die Rundfunksendungen ausländischer Sender, insbesondere wenn sie deutschsprachige Nachrichten sendeten. Mit dem Rückgang der Widerstandstätigkeit im Inland versiegte der Zustrom von Schriften zunehmend und es blieben dann nur noch der Rundfunk und das persönliche Gespräch unter gleichgesinnten Vertrauten.

Mit Kriegsbeginn wurde per Verordnung ein eigener Straftatbestand für das später sogenannte „Rundfunkverbrechen“ eingeführt, der das Abhören ausländischer Sender mit Zuchthaus bedrohte. In Fällen von Weiterverbreitung solcher Nachrichten konnte sogar die Todesstrafe verhängt werden. Für zuständig wurden sogenannte Sondergerichte erklärt. Die tatsächlich verhängten Strafen wiesen eine immense Bandbreite auf; mancher hatte Glück und kam gar mit einer Geldstrafe davon, andere wurden bei ähnlicher Sachlage mit dem Tode betraft.

Adolf und Emma Mandler aus Krofdorf hatten Glück und kamen mit einer Geldstrafe davon. Der Wißmarer Wilhelm Mandler musste letztlich mit seinem Leben für das gleiche Delikt bezahlen. In vielen Fällen war der Grat zwischen Fahrlässigkeit und einer Widerstandshaltung außerordentlich schmal, nicht nur beim Abhören von Feindsendern. Aber da der hohe Einsatz für solche Regelverletzungen allen bekannt war, muss gerade bei diesen Delikten von einer bewussten Handlung ausgegangen werden und ist eine Zuordnung zum Widerstand unumgänglich. Dass dies zuweilen anders eingestuft wird, steht in völligem Gegensatz dazu, bei einigen Personengruppen Widerstand zu unterstellen, wenn bloße Gegnerschaft im Geiste vermutet wird ohne dass diese überhaupt nach außen dringen konnte.

Reichsgesetzblatt

Teil I

1939 | Ausgegeben zu Berlin, den 7. September 1939 | Nr. 169

Nr. 169 — Tag der Ausgabe: 7. September 1939 1683

Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen.

Vom 1. September 1939.

Im modernen Krieg kämpft der Gegner nicht nur mit militärischen Waffen, sondern auch mit Mitteln, die das Volk seelisch beeinflussen und zermürben sollen. Eines dieser Mittel ist der Rundfunk. Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volke Schaden zuzufügen. Die Reichsregierung weiß, daß das deutsche Volk diese Gefahr kennt, und erwartet daher, daß jeder Deutsche aus Verantwortungsbewußtsein heraus es zur Anstandspflicht erhebt, grundsätzlich das Abhören ausländischer Sender zu unterlassen. Für diejenigen Volksgenossen, denen dieses Verantwortungsbewußtsein fehlt, hat der Ministerrat für die Reichsverteidigung die nachfolgende Verordnung erlassen.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet für das Gebiet des Großdeutschen Reichs mit Gesetzeskraft:

§ 1

Das absichtliche Abhören ausländischer Sender ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden. Die benutzten Empfangsanlagen werden eingezogen.

§ 2

Wer Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft.

§ 3

Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten nicht für Handlungen, die in Ausübung des Dienstes vorgenommen werden.

§ 4

Für die Verhandlungen und Entscheidung bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sind die Sondergerichte zuständig.

§ 5

Die Strafverfolgung auf Grund von §§ 1 und 2 findet nur auf Antrag der Staatspolizeistellen statt.

§ 6

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, und zwar, soweit es sich um Strafvorschriften handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz.

§ 7

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. September 1939.

Der Vorsitzende
des Ministerrats für die Reichsverteidigung
Göring
Generalfeldmarschall

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung
Frick

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

Reichgesetzblatt 7.9.1939

Aber auch nach dem weitgehenden Verstummen des organisierten Widerstandes gab es immer noch Menschen, die den Mut hatten, ihre Haltung offen zu bekennen. In Krofdorf war es Erika Scherer, die heute unsere Hochachtung verdient: Sie wurde 1943 im Alter von 16 Jahren fast 7 Monate wegen einer „politischen Aussage“ eingesperrt. Gerichtsakten hierzu konnten keine eruiert werden, ähnlich wie bei Eduard Nickel aus Krofdorf, der 1944 aus politischen Gründen inhaftiert war und es nur Glück zu verdanken haben konnte, dass er überlebte - zu diesem Zeitpunkt waren Todesstrafen oder Gefangenenmorde zum Kriegsende an der Tagesordnung. Der Krofdorfer Rudolf Leib kam 1939 mit 14 Tagen Haft für eine politische Äußerung in der Gastwirtschaft Fries davon.[45]

[45] Gemeindearchiv Wettenberg

Wißmar im Faschismus

Für die Pseudo-Wahlen von 1936 existiert auch für Wißmar eine Liste des Ortsgruppenleiters Henrich[46], auf der die 3 Wißmarer, die mit *nein* gestimmt hatten, sowie die 25 Wähler, die weiße Zettel abgegeben hatten, denunziert werden. Neben Geburtsdatum, Beruf und Arbeitsstelle weist diese Liste noch Angaben über politische Ausrichtung und Aktivität der Personen auf. Auf dieser Liste stehen folgende Namen:

> August Loh, Heinrich Mühlich, Heinrich Kraft, August Kesselring, Adolf Weber, Albert Wagner, Wilhelm Kraft, Karoline Kraft, Heinrich Bittendorf, Gustav Würtz, Willi Frey, Otto Kaletsch, Fritz Weber, Emilie Weber, Konrad Leinweber, Elisabeth Leinweber, Albert Klein, Wilhelm Loh, Margarete Loh, Heinrich Adam, Hermann Speier, Heinrich Bittendorf, Georg Wagner, Frau Heinrich Möck, Emma Drommershausen, Frau Heinrich Kraft, Friedrich Mandler, Wilhelm Todt.[47]

Auch in Wißmar findet man unter den Namen etliche, die auch Widerstand geleistet haben, aber auch Mitglieder der Gründergeneration der SPD und auch politisch nicht hervorgetretene Mitbürger.

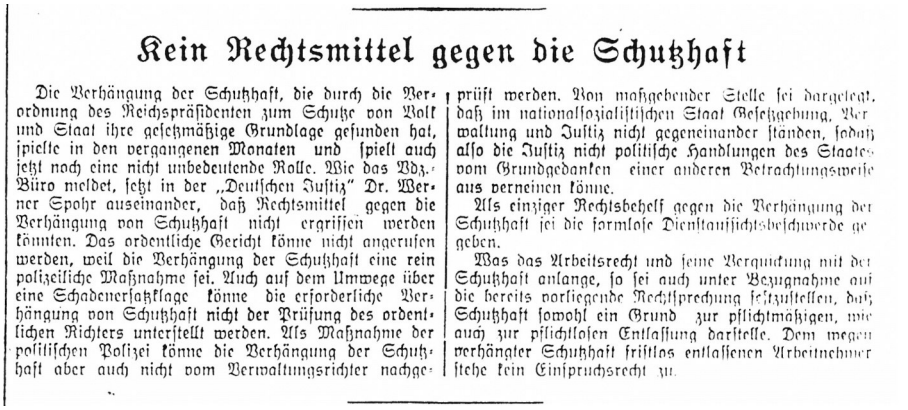
Der organisierte Widerstand gegen den Faschismus

Die KPD war die einzige politische Gruppierung, die von Beginn an auf Widerstand setzte, aber nicht alle Kommunisten folgten dieser Linie. SPD und die Gewerkschaften verhielten sich eher abwartend, aber dennoch leisteten auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter Widerstand. Nicht alles hinterließ Spuren, von denen auch nur noch Teile erhalten sind, Aufnahme findet nur das, was dokumentiert ist. Auch unter denen, die still hielten, waren Menschen die Hitler ablehnten, es bleibt aber dennoch festzuhalten, dass die überwiegende Mehrheit Hitler folgte und die Zahl derer, die ihn aktiv unterstützten, groß war.

Die ersten Verhaftungswellen in Wißmar

Die ersten Verhaftungen, über die Spuren im Staatsarchiv in Wiesbaden und im Gemeindearchiv der Gemeinde Wettenberg gefunden wurden, standen alle im Zusammenhang mit Flugblattverteilungen und einer Veranstaltung der später verbotenen Freien Turnerschaft um Ende April / Anfang Mai 1933. Zu

[46] NSDAP Mitglieds-Nr. 454882, Eintritt 1.12.1930 in Strassebersbach
[47] HHStAW 483/11278



Kein Rechtsmittel gegen die Schutzhaft

Die Verhängung der Schutzhaft, die durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat ihre gesetzmäßige Grundlage gefunden hat, spielte in den vergangenen Monaten und spielt auch jetzt noch eine nicht unbedeutende Rolle. Wie das Vdz.-Büro meldet, setzt in der „Deutschen Justiz" Dr. Werner Spohr auseinander, daß Rechtsmittel gegen die Verhängung von Schutzhaft nicht ergriffen werden könnten. Das ordentliche Gericht könne nicht angerufen werden, weil die Verhängung der Schutzhaft eine rein polizeiliche Maßnahme sei. Auch auf dem Umwege über eine Schadenersatzklage könne die erforderliche Verhängung von Schutzhaft nicht der Prüfung des ordentlichen Richters unterstellt werden. Als Maßnahme der politischen Polizei könne die Verhängung der Schutzhaft aber auch nicht vom Verwaltungsrichter nachgeprüft werden. Von maßgebender Stelle sei dargelegt, daß im nationalsozialistischen Staat Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz nicht gegeneinander ständen, sodaß also die Justiz nicht politische Handlungen des Staates vom Grundgedanken einer anderen Betrachtungsweise aus verneinen könne.

Als einziger Rechtsbehelf gegen die Verhängung der Schutzhaft sei die formlose Dienstaufsichtsbeschwerde gegeben.

Was das Arbeitsrecht und seine Verquickung mit der Schutzhaft anlange, so sei auch unter Bezugnahme auf die bereits vorliegende Rechtsprechung festzustellen, daß Schutzhaft sowohl ein Grund zur pflichtmäßigen, wie auch zur pflichtlosen Entlassung darstelle. Dem wegen verhängter Schutzhaft fristlos entlassenen Arbeitnehmer stehe kein Einspruchsrecht zu.

Wetzlarer Anzeiger 15.4.1933

diesem nicht mehr genau ermittelbaren Zeitpunkt veranstalteten die Arbeiterturner ein Fußballspiel und eine Laufveranstaltung, die von SA Truppen auf Motorrädern massiv gestört wurden. In der Folge dessen kam es zu Auseinandersetzungen, die für etliche Kommunisten und Sozialdemokraten mit Schutzhaft, bis zu mehreren Monaten, endete.

Als das in Wetzlar eingerichtete Schutzhaftlager *Jäcksburg* der Presse vorgestellt wurde, waren dort 38 Widerständler eingesperrt, davon alleine 17 aus Wißmar und 5 weitere aus Krofdorf. Die Mehrzahl der Häftlinge waren Kommunisten, andere gehörten der Sozialdemokratischen Partei an. Der Artikel vermerkt auch in aller Offenheit, dass ganz krasse Fälle Täter in eines der großen Konzentrationslager führen würde.[48] Auf einer Liste von 1935, mit der von der Gemeinde die Kosten für die erkennungsdienstliche Behandlung angefordert werden, gehörten zu den Schutzhäftlingen im Juni 1933 folgende Wißmarer: Der Schlosser Friedrich Weber, der Former Ferdinand Wagner, der Handlungsgehilfe Hugo Schön, der Schlosser August Hinkel, der Dachdecker Karl Kämmerer, der Former Willy Frey, der Schreiner Johann Pfann,der Former Karl Frey, der Vulkanisierer Otto Kaletsch, der Arbeiter Otto Pracht, der Former Wilhelm Adolph, Wilhelm Mülich, der Feilenhauer Karl Brück, der Reisevertreter Georg Wolfel, der Former Wilhelm Will und der Former Wilhelm Forbach.[49]

[48] Wetzlarer Anzeiger vom 13.7.1933
[49] Gemeindearchiv Wettenberg

Die Moorlager

Dass das mit den großen Konzentrationslagern keine leere Drohung war, ging auch an Wißmar nicht vorbei. Während die Häftlinge aus dem hessischen Gießen in dieser Zeit nach Osthofen kamen, wurden die „schwereren Fälle“ aus dem preußischen Kreis Wetzlar in die sogenannten *Moorlager* verbracht. In dieser frühen Phase bedeutete das Esterwegen. Das 1936 zum Strafgefangenenlager umgewandelte Lager Esterwegen gehörte zu den frühen Konzentrationslagern und war mit 2000 Häftlingen zeitweilig nach Dachau das größte KZ. Besonders in der ersten Zeit, unter der Regie des preußischen Staates, wurden die Häftlinge massiv schikaniert und zahlreiche ermordet, unter den Häftlingen wurde es als „Hölle am Waldesrand“ bezeichnet.[50] Wer nach Wetzlar kam und ob man im Gerichtsgefängnis oder in der Jäcksburg eingesperrt wurde, wer ins KZ kam und in welches, war ebenso blanke Willkür wie die Dauer der Haft. Mancher, der freigelassen wurde, kam nicht bis nach Hause, da er sofort wieder eingesperrt wurde, Rechtsmittel gab es für die sogenannten *Schutzhäftlinge* ohnehin keine.

Esterwegen: Ansprache Weihnachtsamnestie 1933

[50] aus der Chronik Gedenkstätte Esterwegen

Auf einer Liste vom 11.7.1933 tauchen neben anderen auch 7 Wißmarer Sozialdemokraten und Kommunisten auf, die zum Abtransport nach Esterwegen vorgesehen waren, es handelte sich dabei um: August Hinkel, Friedrich Weber, Ferdinand Wagner, Johann Pfann, Hugo Schön, Karl Kämmerer und Willi Frey.[51] Nach heutigem Stand der Erkenntnis ist davon auszugehen, dass nicht alle, die auf dieser Liste standen, auch nach Esterwegen kamen. Dokumentarisch verbürgt ist dies nur für einen Teil. Einer davon war der Schlosser Friedrich Weber, der bis Weihnachten 1933 in Esterwegen eingesperrt war.[52]

Übler erwischte es den Wißmarer Schlosser August Hinkel, der ebenfalls nach Esterwegen verbracht wurde.[53] Die Häftlinge bekamen teilweise lediglich Strohsäcke, in der ersten Zeit waren die Baracken nicht beheizbar, bis dann altmodische Torföfen, die von den Häftlingen selber bedient werden mussten, installiert wurden. Bei dieser Art der Beheizung bestand ständig die Gefahr von Rauchvergiftungen. Häftlinge die aufgefallen waren, kamen in die *Baracke 11*, das Arrestgebäude, für Tage oder Wochen in Einzelhaft. Diese Zellen hatten nur eine Holzpritsche, keinen Strohsack und keine Wolldecke.[54] Hinkel wurde wie Weber im Rahmen der *Weihnachtsamnestie* am 23. Dezember 1933 entlassen, allerdings gesundheitlich schwer geschädigt. Er musste sich einer Magenoperation unterziehen, behielt ein schweres Magenleiden und Herzprobleme zurück und wurde als 40% erwerbsgeschädigt eingestuft. Überdies wurde er mit Frau und 4 Kindern vom Nazi-Bürgermeister Best aus der Wohnung auf die Straße gesetzt, kam mit Familie bei seinen Eltern unter und musste dort auf dem Boden schlafen, da es an Geld für Möbel fehlte, er war seit 1930 bereits arbeitslos.

Vom Erbteil seiner Frau kaufte er 1936 einen LKW und versuchte sich als selbständiger Fuhrunternehmer, was misslang, auch weil der Ortsbekannte Kommunist in der Nazizeit kaum Aufträge bekam. In der Folge kam August Hinkel nicht mehr wirklich auf festen Grund. Im Wiedergutmachungsverfahren fanden seine gesundheitlichen und beruflichen Probleme keine Berücksichtigung. Die Familienverhältnisse zerrütten, auch wirtschaftlich fasst er keinen Fuß mehr.

Der Wißmarer Arbeiter August Loh wurde Anfang April 1933 verhaftet. In der Anklageschrift warf man ihm vor: „... zu Wissmar am 1. April 1933 Druckschriften, deren Inhalt durch Aufforderung oder Anreizung zum gewaltsamen Kampf gegen die Staatsgewalt oder zu dessen Vorbereitung und durch Aufforderung und Anreizung zu einem hochverräterischen Bestrebungen die-

[51] HHStAW Abt 483/11276
[52] HHStAW Abt518/5131
[53] HHStAW Abt. 518/15830
[54] Dissertation *„Wir sind die Moorsoldaten“ Die Insassen der frühen Konzentrationslager im Emsland 1933 bis 1936* von Dirk Lüerßen, Osnabrück, 2001

nenden Streik in einem lebenswichtigen Betrieb, Generalstreik oder anderem Massenstreik oder in anderer Weise den Tatbestand des Hochverrats begründen, vorbereitet und zum Zweck der Verbreitung vorrätig gehalten zu haben, [...] indem er Flugblätter [...] zum Zwecke der Verbreitung von einem Unbekannten in Empfang nahm und bei sich führte und dem Zeugen K. das in Umschlag Bl. 9 d.A. befindliche Blatt zusteckte“[55]. August Loh wurde vom Schöffengericht in Wetzlar zu 6 Monaten Haft verurteilt und saß bis zum 28.1. 1934 im Wetzlarer Gerichtsgefängnis.

Widerstandsgruppe Walldorf

Die in Wißmar verbreiteten Materialien wurden über Gießener Verbindungen eingeschleust, teils wurden sie auch auf einem ausgelagerten Abzugsapparat hergestellt, der sich zeitweise bei Wilhelm Loh befand. Die Kontakte zwischen Wißmar und Gießen liefen über den Gießener Kommunisten Walldorf. Kleinere Handzettel wurden auch mit einem Kinderdruckkasten, kleinere Auflagen mit der Schreibmaschine vervielfältigt. Zu den Aktivisten gehörten die Wißmarer Kommunisten Gustav Würtz und Friedrich Mülich, die beide mehrfach in Schutzhaft genommen wurden und längere Haftstrafen antreten mussten.

Der gebürtige Gleiberger Gustav Würtz gehörte bereits zu den ersten Verhafteten in Wißmar und wurde mehrfach in Schutzhaft genommen. Nachdem er Anfang 1934 erneut im Zusammenhang mit der Verbreitung verbotener Flugblätter gefasst wurde, erhielt er am 11.5.1934 durch das Oberlandesgericht Darmstadt eine 12 monatige Haftstrafe zudiktiert. Nach dem Prozess wurde er vom Gerichtsgefängnis Gießen nach Butzbach verlegt, wo er den Rest der Strafe, nach Anrechnung der Untersuchungshaft bis zum 11.1.1935, absaß. Gustav Würtz warf man vor, dass er 1933 und 1934 die kommunistischen Schriften *Proletarisches Volksgericht* und *Widerstand* von Walldorf erhalten und weiterverbreitet habe, sowie Beiträge zum Kampfbund gegen den Faschismus geleistet habe.[56]

Der in Wißmar geborene Friedrich Mülich wurde ebenfalls am 11.5.1934 zusammen mit Gustav Würtz vom Oberlandesgericht Darmstadt wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Mülich war auch in Butzbach bis zum 11.1.1935 inhaftiert. Mülich war bis August 1933 als Nachfolger von Gustav Würtz Unterkassierer des Kampfbundes gegen den Faschismus gewesen.[57]

[55] HHStAW Abt. 518/5091

[56] HHStAW Abt 518/5397 und Gemeindearchiv Wettenberg, HHStAW Datenbank Widerstand und Verfolgung

[57] Gemeindearchiv Wettenberg, HHStAW Datenbank Widerstand und Verfolgung

Religiöser Widerstand

Religiöser Widerstand wird gerne von den Großkirchen für sich reklamiert, dabei gab es in der evangelischen Kirche starke Strömungen, die Hitler von Beginn an unterstützten und die katholische Kirche hatte sich schnell auf die neue Situation eingestellt und mit den braunen Machthabern arrangiert. So hatte in Wißmar der evangelische Pfarrer Johannes Cappel zu den Reichstagswahlen am 29. März 1936 im Gottesdienst mehrfach auf das Wollen des Führers hingewiesen und zum Schluss aufgefordert „für den Führer einzutreten“, wie der Propagandleiter der Wißmarer NSDAP, Wilhelm Schnorr, Lehrer an der Volksschule und Organist in der Kirche, in seinem Bericht zur Wahl formulierte.[58] In weit größerem Ausmaß verweigerten sich religiöse Minderheiten den braunen Machthabern und hatten mit Verfolgung zu rechnen. In Wißmar betraf das den Arbeiter Christian Schnepp, dem vorgeworfen wurde, in den Jahren 1938/39 an Zusammenkünften der verbotenen Glaubensgemeinschaft „Christliche Versammlung“ teilgenommen zu haben. Er wurde am 15. April 1939 vom Sondergericht Frankfurt a.M. verurteilt und kam mit einer Geldstrafe von 150 RM relativ glimpflich davon.[59]

Launsbach im Faschismus

Für Launsbach war keine Liste mit Nein-Stimmen bei Wahlen zu finden, es gibt lediglich eine Übersicht von den Novemberwahlen 1933, aus der hervorgeht, dass in Launsbach 74 von 604 abgegebenen Stimmscheinen ungültig waren. Das war nach Gleiberg, Kinzenbach und Krofdorf die höchste Verweigerungsquote und lag weit vor dem Wißmarer Ergebnis, selbst in absoluter Anzahl.[60]

In den NSDAP Unterlagen sind noch einzelne Wahlverweigerer zu finden, hierbei handelt es sich allerdings um Vermerke in Einzeldossiers, die bei Anfragen über die politische Zuverlässigkeit erstellt wurden und nicht um eine vollständige Liste. Solche Dossiers wurden von unterschiedlichen Dienststellen angefordert, bei Bewerbungen im öffentlichen Sektor, bei Arbeitsplatzwechsel, aber auch beí der Beantragung von Kindergeld und selbst vor Gratulationen zur goldenen Hochzeit. Als Wahlverweigerer sind hier die Launsbacher Friedrich Volk und Hans Volk zu finden.

[58] HHStAW Abt. 483/11278
[59] HHStAW 461/7897
[60] HHStAW Abt. 423 Nr. 1017

Der Widerstand in Launsbach

Am 1.4.1933 berichtet der Wetzlarer Anzeiger von 14 Verhaftungen im Kreis Wetzlar und schreibt, dass die Verhafteten im Verdacht stünden „in den als kommunistisch bekannten Dörfern des Kreises Wetzlar Gleiberg, Krofdorf, Wißmar, Launsbach und Naunheim kommunistische Propagandatätigkeit entfaltet zu haben um weitere Maßnahmen vorzubereiten." Auch in Unterlagen der Gestapo wird Launsbach immer in einem Atemzug mit Krofdorf-Gleiberg und Wißmar genannt, was auf ebenso intensiven kommunistischen Widerstand wie in den anderen Dörfern Wettenbergs schließen lässt.

Ob sich die Nachricht des Wetzlarer Anzeigers auch auf die Verhaftung von Friedrich Schäfer und Ernst Lotz bezieht, ist nicht bekannt, jedenfalls wurden die zwei im März 1933 wegen „Verteilung von Flugblättern ohne Genehmigung", als ob man dafür eine hätte bekommen können, festgenommen und in Schutzhaft eingesperrt. Über den in Wieseck geborenen Schreiner Ernst Lotz schreibt Ortsgruppenleiter Bechthold 1937 in einem Dossier, dass dieser vor der Machtübernahme der KPD nahe gestanden habe und 1933 im KZ gewesen sei. Friedrich Schäfer gehörte dann nach der Befreiung vom Faschismus dem sogenannten *Arbeits und Kontrollausschuss* an, der ab April 1945 die Verwaltung reorganisierte. Vorsitzender dieses Gremiums war der Kommunist und frühere Gemeindevorsteher Albert Pfaff, der als ausgewiesener Antifaschist allgemein anerkannt war. Inwieweit Albert Pfaff in den Widerstand eingebunden war, ist nicht dokumentiert - es ist aber eher davon auszugehen.

Verhaftung kommunistischer Funktionäre

im Kreise Wetzlar.

Wie wir von amtlicher Seite erfahren, wurden von der Kreispolizeibehörde Wetzlar anläßlich einer größeren Durchsuchung 14 kommunistische Funktionäre in Schutzhaft genommen. Die Festgenommenen werden bis auf weiteres in Haft bleiben. Einige wurden dem Vernehmungsrichter zugeführt. Sie stehen unter dem Verdacht, in den als kommunistisch bekannten Dörfern des Kreises Wetzlar Gleiberg, Krofdorf, Wißmar, Launsbach und Naunheim kommunistische Propagandatätigkeit entfaltet zu haben um weitere Maßnahmen vorzubereiten. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Führer der KPD. in Wetzlar, Anstreichermeister Knebel.

WA 1. April 1933

Bei Christian Eckhardt wurden bereits im Februar 1933 Druckschriften beschlagnahmt und Bechthold bezeichnet ihn 1937 als eines der regesten KPD Mitglieder und dass Eckhardt 1933 längere Zeit im KZ gewesen sei. Nach seiner Entlassung sei er nicht wieder auffällig geworden.

Diese Verhaftungen sind allesamt dem organisierten Widerstand der KPD zuzuordnen, wie die anderen Verhaftungen von Kommunisten in den Jahren 1933/34 in den anderen Dörfern Wettenbergs. Hintergrund war stets die Verteilung der Materialien, die von der Gruppe Obenauer, Sevenich, Baitz besorgt

und zum Teil auch selbst hergestellt wurden.

Auch in Launsbach verebbte der organisierte Widerstand, als die Materialien weitaus sparsamer kamen, nachdem die Widerstandsgruppe um Obenauer und Sevenich aufgeflogen war.

Über eine weitere kommunistische Launsbacher Familie liegen Unterlagen über eine Verurteilung dreier Brüder vor. Der Schlosser Theodor Volk, der Friseur Franz Volk und der Hausbursche Hans Volk werden am 7. April 1933 zu zwei Monaten Haft, bzw. zu einer Geldstrafe „wegen einer fortgesetzten Handlung, die teils Beleidigung, teils Widerstand gegen die Staatsgewalt, teils gefährliche Körperverletzung ist“, verurteilt[61]. Der politische Hintergrund wird klar, wenn man dies im Zusammenhang mit späteren Dossiers von Bechthold sieht: der Vater der drei Brüder, der Hilfsarbeiter Friedrich Volk, war vor 1933 Mitglied der KPD und hat 1936, ebenso wie Hans Volk bei den Wahlen mit „nein“ gestimmt.

Nach Beginn des Krieges nehmen sowohl Unmutsäußerungen, als auch die Härte der verhängten Strafen zu. Am 16. Mai 1941 wird der Launsbacher Hilfsarbeiter Heinrich Wolf verhaftet und im August wegen Verstoß gegen das *Heimtückegesetz* zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, die er bis zum 15. August 1942 in Preungesheim absitzen musste.

Menschen eines anderen Deutschlands

Es fällt schwer unter den Menschen, die den Mut zu widerstehen hatten, einzelne herauszuheben. Wenn es an dieser Stelle dennoch geschieht, dann aus dem Grund, dass es überall unter diesen Einzelne gab, die anderen Beispiel waren, oder heute noch Vorbild sein können, sei es weil sie besonders standhaft waren oder für ihren persönlichen Einsatz einen hohen Preis bezahlt haben.

Karl Stork

Karl Stork war 1865 geboren und gehörte mit seinem Bruder Otto zu den Persönlichkeiten, die den Ort Krofdorf-Gleiberg politisch entscheidend geprägt haben und ohne die sich die politische Geschichte der Dörfer, die heute zu Wettenberg gehören, weniger von der Geschichte einiger Nachbardörfer unterschieden hätte. Beide waren Zigarrenmacher und beide Namen tauchen in den Akten der politischen Polizei bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts als erste auf, wenn es um die *gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie* geht. Otto, der bereits in jungen Jahren aus Krofdorf nach Harzgerode

[61] HHStAWAbt. 423 Nr. 1069

wegzog, als Organisator gewerkschaftlicher Vereine und Karl als unermüdlicher Organisator politischer Versammlungen in allen Ortsteilen des heutigen Wettenberg, das damit eine längere Geschichte politischer Gemeinsamkeiten hat, als ich mir das bis vor kurzem noch vorstellen konnte.

Karl Stork gehörte in 1905 auch zu den Gründern des *Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Kreis Wetzlar-Altenkirchen*, der aus dem Stand mehr Mitglieder in Gleiberg und in Krofdorf als im gesamten Restkreis hatte, der nicht nur die industriellen Zentren im Wetzlarer Bereich enthielt, sondern auch bis weit ins heutige Nordrhein-Westfalen reichte. Der Altenkirchener Teil war stark klerikal geprägt, wie auch der ländliche Teil rund um Wetzlar, im Gegensatz zu dem dissidentisch geprägten Krofdorf-Gleiberg, in dem 1861 die Mehrheit der Bevölkerung aus der Kirche ausgetreten war und die kirchlichen Bindungen traditionell locker waren. So findet man auf den schwarzen Listen der überwachenden politischen Polizei auffallend viele Dissidenten, wie man kirchenfreie Menschen nannte, insbesondere unter den Aktivisten und auch Karl Stork gehörte zu dieser Kategorie.

Im Jahr 1933 taucht der Name Karl Stork auf einer Denunziantenliste auf, die im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Verbot der Freireligiösen Gemeinde von Krofdorfer Nazis erstellt wurde und ist dort als führende Persönlichkeit der KPD gekennzeichnet. Wann Stork von der SPD zur KPD wechselte, ob direkt von der USPD oder erst später, ist nicht bekannt.

Im Juni 1933 wird Karl Stork im Zusammenhang mit der Verbreitung von Flugblättern als einer der ältesten mit 68 Jahren noch festgenommen und nach Wetzlar in das Schutzhaftlager Jäcksburg verbracht und eingesperrt.

Louis Schleenbecker

Louis Schleenbecker, Jahrgang 1897, gehörte der zweiten Generation der sozialistischen Bewegung in Krofdorf-Gleiberg an, die die Verfolgungen der Sozialdemokratie im Kaiserreich nicht mehr selber mitbekommen hatten. Seine Politisierung fällt bereits in die Phase der Spaltung der Sozialdemokratie, die ihren Ausgangspunkt an der Genehmigung der Kriegskredite für den ersten Weltkrieg hatte.

Wie die meisten seines Alters wird er zum Militär eingezogen und muss in den ersten Weltkrieg. Als Angehöriger der 5. Kompagnie des I. Bataillons des 2. Matrosen Artillerie Regiments[62] wird er in Flandern eingesetzt, wo als erstes die Kombination von Blaukreuz und Gelbkreuz verwendet wird. Gelbkreuz ist ein tödliches Giftgas, das von den damals verwendeten Gasmasken ausgefiltert und damit von den Atemwegen ferngehalten wurde. Blaukreuz ist ein eher

[62] Vermerk im Heiratsregister Standesamt Wettenberg

harmloseres Reizgas, das allerdings die zu dieser Zeit verwendeten Gasmasken weitgehend ungehindert passierte. Verschoss man nun zuerst Blaukreuz, rissen die von den Gaswolken getroffenen die Gasmasken vom Gesicht, um der atemberaubenden Wirkung des Blaukreuzes zu entgehen; die danach verschossenen Gasgranaten mit Gelbkreuz konnten dann ihre verheerende Wirkung entfalten und die Opfer verendeten qualvoll.

Bedeutsam für seine politische Entwicklung dürfte sein Sonderurlaub im Januar 1918 gewesen sein, den er für seine Hochzeit bekam. Mit diesem Urlaub war Louis einer der wenigen deutschen Soldaten in Flandern, der Kenntnis von der Oktoberrevolution in Russland hatte und auch den daraus resultierenden Hoffnungen in der Heimat, dass der Krieg sich nunmehr seinem Ende zuneigen musste. Am 16. Januar 1918 heiratet er die Fabrikarbeiterin Klara Pfaff aus Launsbach, die bis zur endgültigen Rückkehr ihres Mannes aus dem Krieg bei ihren Eltern wohnen blieb und dort 1918 auch ihre erste Tochter bekam.

Zeitgleich mit den Flottenaufständen der deutschen Marine in Kiel mussten die Marine-Artilleristen in Flandern den Rückzug antreten und kreuzten auf ihrer Flucht in die Heimat den Fluchtweg des deutschen Kaisers in das holländische Exil. Louis Schleenbecker wurde in dieser Zeit nicht nur zum politischen Aktivisten, sondern löst sich auch von der evangelischen Kirche und tritt später bei den Freireligiösen ein, wie viele andere Sozialdemokraten und Kommunisten in Krofdorf.

Aus dem Krieg zurückgekehrt arbeitet Louis bei Buderus in Lollar und wird dort Betriebsobmann[63]. 1925 wird der aktive Gewerkschafter und Kommunist einen Tag vor Weihnachten wegen *Arbeitsmangel* entlassen und schlägt sich und seine Familie mit Gelegenheitsarbeiten durch, wie soviele in der Wirtschaftskrise.

Louis war nicht nur Kommunist und in der Gewerkschaft und im Betrieb aktiv, er war auch aktiver Turner bei den Freien Turnern in Krofdorf und spielte in deren Theatergruppe mit. Vom 24. bis 28. 7. 1925 nahm er an der Arbeiter-Olympiade in Frankfurt/Main für die freien Turner teil. Im gleichen Jahr spielte er auch die Hauptrolle im *„Schmied von Ruhla“*.

Nach der Machtübernahme der Nazis wurde Schleenbecker mehrfach wegen Verteilung illegaler Schriften verhaftet. Die ersten drei Verhaftungen erfolgten in 1933. Die erste Verhaftung brachte ihm Schutzhaft vom 13. 3. – 20. 3. 1933 und gemeinsam mit seinem Genossen Georg Dember ein Strafverfahren ein. Bereits wenige Tage nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft wurde er erneut wegen Widerstandshandlungen verhaftet und vom 31. 3. – 21. 4. 1933 erneut in Schutzhaft genommen. In der Nacht zum 24. 6. 1933 wurde er gemeinsam mit K. Schmidt, Ernst Koch, K.Röhrsheim, Karl Will, Karl Stork und Otto Rüspe-

[63] Entspricht heute: Betriebsratsvorsitzender

Zur Erinnerung an die I. Internationale Arbeiter Olympiade zu Frankfurt/Main, 24.-28.7. 1925. Schleenbecker mit Fahne der Freien Turnerschaft Krofdorf, letzte Reihe stehend, in der Mitte. Quelle: Archiv Fotofreunde

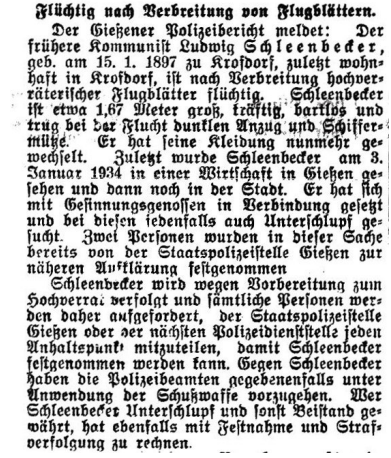
ler festgenommen. Dieses Mal verbringt er vom 24. 6. – 6. 7. 1933 in Schutzhaft und wird anschließend für die Unterbringung im Arbeitslager vorgesehen. Wie es ihm gelang von dort wieder freizukommen, oder diesem ganz zu entgehen, ist nicht mehr aufklärbar.[64]

Am 3.1. 1934 wurde er in Krofdorf in der damaligen Seestraße, vor dem Anwesen Emmerich beobachtet, wie er dem späteren hessischen Landwirtschaftsminister Ludwig Bodenbender, einem Sozialdemokraten aus Salzböden, Flugblätter übergeben haben soll. Der Beobachter, Lehrer Rinn, bekennender Nazi[65], denunzierte ihn willfährig und als Bodenbender die Sache auf Befragung von Landjägermeister Wegner eingestand, schien Schleenbeckers Schicksal besiegelt. Er wurde im örtlichen Spritzenhaus vorläufig festgesetzt, um ihn in der Folge an die Gestapo zu überstellen; Schleenbecker gelang je-

[64]HHStAWi u. Gemeindearchiv
[65]Rinn trat am 1.5. 1937 in die NSDAP ein (Mitglieds Nr. 4702561)

doch auf spektakuläre Art und Weise die Flucht aus dem Spritzenhaus. Klara Schleenbecker schreibt 1945 in ihrem ersten Antrag auf Entschädigung wegen der Verfolgung ihrer Familie, dass Louis noch erfolglos von der Gestapo verfolgt und anschließend *als vogelfrei* erklärt wurde.[66] Die Bezeichnung *vogelfrei* ist keineswegs überzogen, wurde doch in dem offiziellen Verkündigungsorgan Oberhessische Tageszeitung nicht nur mit voller Namensnennung berichtet, sondern auch unverhohlen angekündigt: „Gegen Schleenbecker haben die Polizeibeamten gegebenenfalls unter Anwendung der Schußwaffe vorzugehen“[67]. Sowohl die Namensnennung, als auch der direkte Verweis auf Schusswaffengebrauch waren in der Berichterstattung über Verhaftungen von Widerständlern alles andere als üblich und der Schluss liegt nahe, dass bei der Ergreifung von Louis Schleenbecker der Fall für den Schusswaffengebrauch als gegeben anzusehen gewesen wäre.

Nachdem am 10. Januar im Gießener Anzeiger und danach auch überregional öffentlich mit Namensnennung nach Ludwig Schleenbecker gefahndet wurde, wurde es dann zunehmend gefährlicher für Louis und die Leitung der illegalen KPD entschied nunmehr, dass er aus der Gefahrenzone verschwinden muss. Er wurde wahrscheinlich per Motorrad ins sichere, damals noch autonome Saarland gebracht. Im Saarland lernte er auch in den dortigen Kreisen der Exildeutschen den Arbeiterdichter Erich Weinert kennen, der ihm ein Gedicht „Schleenbecker wird gesucht!“ widmete. Nach der Volksabstimmung und dem Anschluss des Saarlands ans faschistische Deutschland, flieht er weiter nach Frankreich, wie viele Exilanten und Saarländer Antifaschisten.



Flüchtig nach Verbreitung von Flugblättern.

Der Gießener Polizeibericht meldet: Der frühere Kommunist Ludwig Schleenbecker, geb. am 15. 1. 1897 zu Krofdorf, zuletzt wohnhaft in Krofdorf, ist nach Verbreitung hochverräterischer Flugblätter flüchtig. Schleenbecker ist etwa 1,67 Meter groß, kräftig, bartlos und trug bei der Flucht dunklen Anzug und Schiffermütze. Er hat seine Kleidung nunmehr gewechselt. Zuletzt wurde Schleenbecker am 3. Januar 1934 in einer Wirtschaft in Gießen gesehen und dann noch in der Stadt. Er hat sich mit Gesinnungsgenossen in Verbindung gesetzt und bei diesen jedenfalls auch Unterschlupf gesucht. Zwei Personen wurden in dieser Sache bereits von der Staatspolizeistelle Gießen zur näheren Aufklärung festgenommen

Schleenbecker wird wegen Vorbereitung zum Hochverrat verfolgt und sämtliche Personen werden daher aufgefordert, der Staatspolizeistelle Gießen oder der nächsten Polizeidienststelle jeden Anhaltspunkt mitzuteilen, damit Schleenbecker festgenommen werden kann. Gegen Schleenbecker haben die Polizeibeamten gegebenenfalls unter Anwendung der Schußwaffe vorzugehen. Wer Schleenbecker Unterschlupf und sonst Beistand gewährt, hat ebenfalls mit Festnahme und Strafverfolgung zu rechnen.

Schleenbecker wird gesucht. Quelle: Oberhessische Tageszeitung vom Samstag, 6. Januar 1934

In Frankreich waren die Hitlergegner als ausländische, linke Aktivisten nicht willkommen und mussten weitere Verfolgung bis hin zur Auslieferung an Deutschland befürchten. Schleenbecker entschied sich für die spanische Variante und kämpfte dort auf Seiten der spanischen Republik in den Internationalen Brigaden gegen die spanischen Faschisten und ihren deutschen Verbündeten Hitler. Als die Niederlage in Spanien ihren Anfang nimmt, konnte er auch dort nicht

[66] HHStAWi 518 PK.2835

[67] Oberhessische Tageszeitung, Samstag 6.Januar 1934

bleiben und es gelingt ihm mit Hilfe eines Programmes des Völkerbundes nach Paraguay zu fliehen.

Nach dem Anschluss des Saarlands an Deutschland am 1. März 1935 flüchteten ca. 8000 Saarländer – Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken, Autonomisten, Juden und andere bedrohte Personen – nach Frankreich. Die französische Regierung wirkte auf den Völkerbund, unter dessen Verwaltung das Saarland von 1920 bis 1935 gestanden hatte, ein, sich um diese Emigranten zu kümmern. Daraufhin kaufte das Nansen-Amt Land für die Colonia Nansen in Paraguay und jede Saarländer Auswanderer-Familie konnte 12 ha Urwald, Gerätschaft, Saatgut etc. und für ein Jahr Unterstützung auf Darlehensbasis erhalten, die Überfahrt bezahlte der französische Staat. Bis Ende 1937 traten 142 Saarländer die Reise an, danach folgten noch einige wenige[68], unter ihnen Ludwig Schleenbecker.

Man brachte die Emigranten dann zur Colonia Nansen, die circa 40 km östlich von Villarrica in der Paraguayanischen Hochebene liegt und überließ sie dort ihrem Schicksal. „Ohne Kenntnis der tropischen Flora und Fauna mußten Saarländer durch Brandrodung den Boden kultivieren, einzäunen, pflügen und bepflanzen, daneben Hütten und Stallungen bauen. Innerhalb 24 Stunden schwankten die Temperaturen zwischen 12° und 40°; Moskitos und Ungeziefer stellten Plagen, Schlangen echte Gefahren dar. Ohne Kenntnis des Spanischen geschweige denn der indianischen Umgangssprache Guarani gestalteten sich auch die Kontakte zur sozialen Umwelt schwierig und Anfeindungen von seiten nazifizierter Auslandsdeutscher stellten eine zusätzliche Belastung dar.“ Als Louis dort eintraf, hatten bereits 18 Saarländer die Colonia Nansen schon wieder verlassen“[69] und im Laufe weniger Jahre wurde die Colonia Nansen völlig aufgegeben und ging in der Nachbar-Kolonie, Colonia Sudetia, auf.

Der Kontakt zur Heimat brach in diesen Jahren ab, was auch daran lag, dass Paraguay 1942 formell mit in den 2. Weltkrieg eintrat und die diplomatischen Beziehungen abbrach. 1946 kam dann in Krofdorf das erste Lebenszeichen von ihm an. Er meldete sich aus Porto Rosario, eine Tagesreise von der Colonia Nansen entfernt, wo er in einem Sägewerk arbeitete.

Ein Brief vom 27. 8. 1950 aus Puerto Rosario befindet sich in einer Abschrift in der Wiedergutmachungsakte Klara Schleenbecker[70]. In diesem Brief äußert Louis seinen dringenden Wunsch, zu seiner Familie zurückzukehren und beschreibt seine Lebenssituation in Paraguay, die es ihm nicht ermögliche, das Geld für die Heimreise aufzubringen, obwohl er in Paraguay ein gutes Auskommen habe. Die Überfahrt muss in fremder Währung aufgebracht werden und der Verkauf seiner verpachteten Farm bringe auf Grund der starken In-

[68] Zur Mühlen, Patrik von, Fluchtziel Lateinamerika. S. 107
[69] ebenda
[70] HHStAWi 518 PK.2835

flation nach der gescheiterten Revolution[71] gerade einmal das Fahrgeld nach Buenos Aires in Argentinien. Zu der Einstellung von Klaras Rente, sie hatte vorübergehend eine kleine Rente bekommen, schreibt er: „Wenn man sagt, Ihr Mann lebt und muß für Sie aufkommen, so muß man ihm auch die Möglichkeit dazu geben. *Warum läßt man uns nicht nach Hause?* In dem man uns die Überfahrt bezahlt. Versuche doch mal mit einflußreichen Leuten darüber zu reden, ob nicht die Möglichkeit besteht dass man nach Hause kann. Wir könnten noch ein paar Jahre nach all den Trübsaalen mit unseren Kindern u. Enkelchen zusammen leben. Ich bin trotz all den schweren Schlägen aufrecht geblieben im Gegensatz zu anderen, die zu Kreuze krochen. Selbst im Auslande ließen mir die Nazis keine Ruhe. Es lässt sich garnicht zu Papier bringen. Ich könnte dort in großen Versammlungen Stundenlang darüber reden."

Das letzte indirekte Lebenszeichen, die Nachricht über seinen Tod, stammt aus einem Brief einer Frau Zenk vom 6. 2. 1951, in dem diese schreibt, dass Louis Schleenbecker am 12. 1. 1951 in der Nacht auf dem Rückweg von Asuncion nach Puerto Rosario vom Schiff gefallen und seitdem vermisst sei.[72] Otto Rüspeler sagt über Schleenbeckers Tod: „Als sich dann später die Angehörigen über das deutsche Konsulat um ihn bemüht haben, hieß es, der Ludwig Schleenbecker ist in Paraguay bei einem Bootsunglück umgekommen. Sie wissen doch, nach 1945 hat sogar der Vatikan ausgeholfen und den Nazis Papiere ausgestellt, daß diese Gauner alle dort hinkommen. Das ist bis heute[73] noch nicht geklärt, wie Schleenbecker wirklich umgekommen ist." Und auf die Frage: „Was ist Ihre Vermutung dabei?" antwortete Otto: „Die haben den umgelegt."[74]

Der Fortgang der Geschichte in Krofdorf entspricht genau den Erfahrungen, die die meisten Opfer machen mussten. Zunächst bekam Klara als Opfer des Faschismus eine kleine Rente, die dann gestrichen wurde. Das Verfahren zog sich letztlich in mehreren Etappen bis nach Klaras Tod und wurde dann 1963 damit abgeschlossen, dass ihr insgesamt nur 150 DM zugestanden hätten, die mit der kurzzeitig gezahlten Rente mehr als abgegolten sei. Klara lebte bis zu ihrem Tod 1958 in ärmlichen Verhältnissen und war auf die Unterstützung ihrer Kinder, Nachbarn und Freunde angewiesen.

Otto Rüspeler

Otto Rüspeler, Jahrgang 1905, gehörte 1933 der jüngeren Generation der Kommunisten in Krofdorf-Gleiberg an und spielte damit in der ersten Phase

[71] bezieht sich auf 1947
[72] HHStAWi 518 PK.2835
[73] 1989
[74] Peter, Marianne, Links, wo das Herz ist S. 402

des Widerstands keine entscheidende Rolle. Er war wie die meisten jüngeren Kommunisten und Sozialdemokraten in den Arbeitervereinen aktiv, die einen trieben Sport, andere sangen, manche machten beides. Nach der Flucht von Louis Schleenbecker und dem auch damit verbundenen Nachlassen der Widerstandsaktivitäten der ersten Phase gehörte Otto zu den Menschen in Krofdorf-Gleiberg, die den Weg des organisierten Widerstands mit am längsten durchhielten.

Die dokumentierten Spuren seiner Aktivitäten im Widerstand reichen bis 1938, als die letzten kommunistischen Zellen des Widerstands in der Region Mittelhessen entdeckt und „unschädlich“ gemacht wurden. Otto stand in Verbindung mit der Gießener Widerstandsgruppe um Hans Rosenbaum und Walter Deeg und wurde festgenommen, als diese aufgeflogen war. Die Genossen hielten alle dicht und Ottto hatte Glück und kam wieder frei. Das bedeutete aber keineswegs, dass Menschen wie Otto jemals resigniert oder gar aufgegeben hätten; nur war jetzt jeder auf sich alleine gestellt und die Wirkungsmöglichkeiten waren noch geringer geworden. An die Stelle von Flugblättern, Handzetteln und ähnlichem traten jetzt der Gedankenaustausch unter Gleichgesinnten und der Kampf ums tägliche Überleben - der Unterdrückungsapparat war ja keineswegs verschwunden und jedem, der bereits auffällig geworden war, drohte nach wie vor die endgültige Verbringung ins KZ und die physische Vernichtung.

Otto Rüspeler steht auch für die Generation von Kommunisten, die nie aufgaben, auch nicht als sich der erste Wind des Antifaschismus nach der Befreiung wieder gelegt hatte und denen, die Hitler die Stirn geboten hatten, der Wind wieder entgegen blies. Seine Entschädigungsakte[75] weist den charakteristischen Verlauf auf; die ersten Sofortentschädigungen wurden noch zügig und unbürokratisch reguliert, wenn auch da bereits die Schwierigkeiten des Nachweises deutlich sichtbar sind. So wurden von Otto Haftzeiten von insgesamt 8 Monaten geltend gemacht, entschädigt wurden dann 41 Tage, wobei er dabei mit 1200 DM eher noch Glück hatte.

Eine Entschädigung für einen *Schaden im wirtschaftlichen Fortkommen*, wie man das im Bürokratendeutsch nannte, wurde zunächst abgelehnt und dann wurden auf dem Klageweg 108 DM bewilligt für Entlassungen und monatelange Arbeitslosigkeit und Benachteiligungen am Arbeitsplatz wegen politischer Verfolgung.

Otto trat nach der Befreiung vehement für die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung ein, wie im übrigen fast alle ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten. Nachdem dies bei der Militärregierung der ersten Wochen nicht auf Gegenliebe stieß, verabredete man zunächst die formelle

[75] HHStAWi 518/5160

Wiedergründung beider Parteien und wollte dann die Hälfte der Mitglieder bei der SPD und die andere Hälfte bei der KPD anmelden - der aufkommende Antikommunismus brachte einen anderen Verlauf der Geschichte. Die Einheit gelang lediglich im unpolitischeren Teil der Angelegenheit: Bei der Wiedergründung der Turn- und Gesangvereine, die erforderlich wurde, da die Nazis die Arbeitervereine und die Militärregierung die gleichgeschalteten Vereine verboten hatten.

Er engagierte sich nach der Befreiung auch kommunalpolitisch; zunächst für die wieder gegründete KPD, die dann 1956 erneut verboten wurde, ein 1945 völlig undenkbarer Vorgang. Danach dann noch für eine linke Wählerliste BLSD[76], für die er auch wieder in die Gemeindevertretung gewählt wurde. Neben seinem politischen Engagement war Otto auch ein unermüdlicher Mahner, der zu seiner eigenen Geschichte stand und diese immer wieder auch jungen Menschen nahe brachte, damit diese von seiner teuer erkauften Lebenserfahrung profitieren konnten, damit Deutschland nie wieder in den Krieg ziehen und faschistisches Gedankengut nie wieder einen Nährboden finden würde.

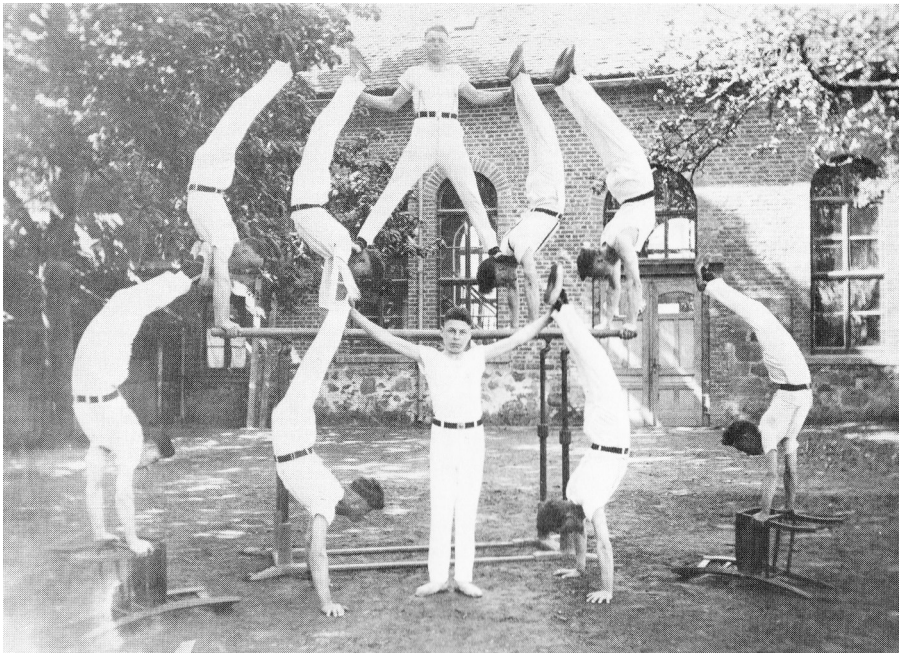
Wilhelm Will

Wilhelm Will wurde am 19. August 1896 in Krofdorf als Sohn des Tagelöhners Louis Will und dessen Frau Elisabeth Will, geborene Reeh, geboren. Er gründete in Wißmar eine Familie, arbeitete als Former und schloss sich 1921 der KPD an, in der er auch Funktionen ausübte. Ende 1932 bereiste er mit einer Delegation des Kampfbundes gegen den Faschismus die Sowjetunion, um dann in Versammlungen über seine Erlebnisse zu berichten. Bereits im März 1933 wird er zusammen mit Gustav Würtz und anderen Genossen im Zusammenhang mit der Verteilung von Flugblättern verhaftet. Die Verhaftungswelle hatte im Kreis Wetzlar bereits solche Ausmaße, dass die Aburteilung in Schnellverfahren als „untunlich“ erschien, wie es in einem Dokument heißt und die Festgesetzten in Schutzhaft überführt wurden.[77]

Bereits kurz nach seiner Entlassung wurde Wilhelm Will erneut verhaftet. In einer eidesstattlichen Versicherung, die er in einem Wiedergutmachungsverfahren 1951 abgab, schreibt er: „Der Gendarmeriewachtmeister Ferdinand Wagner in Wißmar wurde im April 1933 von dem Polizeiwachtmeister Wegener von Krofdorf verhaftet. Nach ungefähr 6 Wochen wurde Herr Wagner aus dem Gerichtsgefängnis in Wetzlar entlassen. Nach ca. 8 - 14 Tagen wurde Herr Wagner mit mir und Anderen aus der Umgegend zum zweiten Mal verhaftet. Wir wurden daraufhin ca. 4 Wochen im Gerichtsgefängnis Wetzlar

[76] Bund liberaler und sozialistischer Demokraten
[77] HHStAW Abt 483,1069

ohne jeden Grund und auch ohne irgendwelche Vernehmung durch den Richter festgehalten. Danach sind wir wieder einzeln entlassen worden. Am 6. Juli 1933 wurden Herr Wagner und ich erneut mit noch ca. 15 Mann verhaftet. Wir wurden in dem Lager Jäcksburg in Wetzlar eingesperrt und von der SS und SA bewacht. Auch hier wurden wir nicht vernommen. Die Verhaftung erfolgte, wie auch bei der vorhergehenden, nur aus politischen Gründen. Herr Wagner ist als SPD-Mann und ich bin als KPD-Mann verhaftet worden.



Freie Turner Wißmar 1928

Ich wurde nach ca. drei Monaten und Herr Wagner nach ca. vier Monaten entlassen.[78]“

Ferdinand Wagners Schilderung erhellt den Hintergrund der Massenverhaftungen, er schreibt: “Ende April oder Anfang Mai 1933 wurde auf dem Sportplatz in Wißmar von der Freien Turnerschaft, die damals noch nicht verboten war, ein Waldlauf sowie ein Fußballspiel ausgetragen. Die SA provozierte damals, indem sie mit Motorrädern über das Spielfeld fuhr. Mein Schwager Wilhelm Will wurde damals verhaftet. Seine Frau war 4 Wochen vorher ge-

[78]HHStAW Abt 518, 39586

storben. Von den 6 Kindern, die sie hinterlassen hatte, hatte meine Frau 3 in Verwahrung genommen. Die andern befanden sich im Heim. Als meine Frau an dem fraglichen Tage die 3 Kinder ihrem Vater aushändigte, kam es zwischen mir und dem damaligen kommissarischen Bürgermeister Best[79] zu einer Auseinandersetzung, die zu Tätlichkeiten ausartete. Ich wurde an dem fraglichen Sonntag, nachts um 1 Uhr, verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Wetzlar zugeführt. Nach 6 Wochen wurde ich wieder entlassen, einige Tage später erneut verhaftet, nach 4 Wochen wieder entlassen.

Bemerken möchte ich noch, dass ich Zeuge war, als der Viehhändler Rosenbaum aus Wetzlar[80] in seiner Zelle erhängt vorgefunden wurde.[81]“

Die Verfolgungsmaßnahmen gegen Wilhelm Will machten auch vor dessen Kindern nicht Halt, so finden sich in den Akten des Schriftverkehrs der NSDAP Kreisleitung Wetzlar mehrfach Schreiben der NSDAP Ortsgruppe, in denen es um Kinderbeihilfe, wie man damals das Kindergeld nannte, für die Familie von Wilhelm Will geht. Bis Ende 1940 bescheinigt der Wißmarer Ortsgruppenleiter Henrich Wilhelm Will mehrfach: „Charakter minderwertig, Leumund übel, wirtschaftliche Verhältnisse ärmlich“, um dann Wilhelm Will als „politisch unzuverlässig“ zu charakterisieren, was zur Verweigerung von Kinderbeihilfe führte. Offenkundig hatte Wilhelm Will beim Finanzamt mehr Rückhalt, das immer wieder nachhakt, ob man denn nun Kinderbeihilfe zahlen könne, was dann endlich den Kreisleiter Haus, der ja nicht gerade als besonders sozial eingestellt gelten kann, dazu veranlasst, den Ortsgruppenleiter zur Zustimmung zu einer versuchsweisen Zahlung zu bewegen.[82]

Wilhelm Loh

Wilhelm Loh wurde am 1.11.1905 als Sohn des Arbeiters Jakob Loh und dessen Ehefrau Elisabeth, geborene Leib in Gleiberg geboren. Zunächst wollte er Bäcker werden, dann arbeitet er bei der Carolinenhütte in Wetzlar, wo er auch den Launsbacher Kommunisten Albert Pfaff kennenlernte, als Verpacker. Mit 18 trat er in die KPD ein, wie sein ältester Bruder August. Von 1924 bis 1929 arbeitete er in der Seifenfabrik Möbs in Gießen, danach war er bis 1936 arbeitslos. Ab 1928 war er in der KPD Wißmar aktiv und setzte die Arbeit mit anderen Genossen auch in der Illegalität fort.[83]

[79] Best, Ludwig, vorheriger Eisenbahnschaffner

[80] gemeint sein muss hiermit, der in Atzbach geborene Wetzlarer Viehhändler Salomon Heldenmuth, der am 9.4.1933 im Gerichtsgefängnis in Wetzlar in den Tod getrieben oder ermordet wurde.

[81] HHStAW Abt 518, 39586

[82] HHStAW Abt. 483, 4416b

[83] Marianne Peter, Links, wo das Herz ist. S 243 ff.

1937 begann er bei Buderus in Lollar als Ofendrücker und wurde von dort nach Mainzlar zu den Didier Werken dienstverpflichtet. Während des Krieges wurden die eingezogenen Arbeiter sukzessive durch Zwangsarbeiter ersetzt, die den verbleibenden deutschen Arbeitern zugeordnet wurden. Wilhelm Loh unterstützte hungernde Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln, wurde denunziert und im Juli 1944 von der Gestapo verhaftet und im Gießener Gefängnis eingesperrt. Als die Amerikaner sich Gießen näherten, was im Gefängnis am Donner der Geschütze schon hörbar war, holte man die verbliebenen politischen Gefangenen mitten in der Nacht aus den Zellen und schaffte sie ins Freie vor die Gefängnismauer. [84]

Acht Jahre Arbeitslager für Gestapo-Schneider

(GFP) Vor der Spruchkammer des Interniertenlagers Darmstadt wurde am Mittwoch nach längerer Verhandlungs- und Beratungsdauer der ehemalige Geschäftsführer der Gießener Gestapo, Ernst Schneider, als Hauptschuldiger auf 8 Jahre in ein Arbeitslager eingewiesen und ihm sämtliche im Zusammenhang damit stehenden Sühnemaßnahmen, wie Vermögenseinzug usw. auferlegt. Die erlittene Haft von 3 Jahren wurden in Anrechnung gebracht. In der Begründung betonte der Vorsitzende, daß die Rücksichtslosigkeit und Brutalität des Betroffenen während der Gewaltherrschaft des Nazi-Regimes eine harte Sühne erforderlich mache.

Aus Zeugenaussagen ging hervor, daß der Betroffene weit über seine Verpflichtungen hinaus im Zusammenhang mit dem Anschlag auf Hitler Gießener Einwohner verhaften und in ein Konzentrationslager bringen ließ. Die gerichtsärztliche Untersuchung dieser Häftlinge, von dem Betroffenen maßgeblich beeinflußt, wurden so nachlässig vorgenommen, daß einige von ihnen während des Transports in die besondere Obhut des Roten Kreuzes genommen werden mußten. Bei Vernehmungen waren Beschimpfungen und Bedrohungen durch den Betroffenen an der Tagesordnung. Sehr eindrucksvoll waren auch die Aussagen einer Zeugin, die die schikanösen Quälereien gegenüber dem gleichfalls verhafteten Professor Soetbeer schilderte, der später in der Gestapozelle Selbstmord beging.

Ein weiterer Zeuge berichtete, daß kurz vor dem Herannahen der amerikanischen Truppen 5 politische Häftlinge aus dem Gießener Gefängnis sich für einen Abtransport nach Marburg stellen mußten. Der Betroffene und drei weitere Gestapoleute führten dabei Karabiner und Maschinenpistolen mit sich. Bei einer passenden Gelegenheit gelang es dem Zeugen, der sich ebenfalls in der Gruppe befand, zu fliehen. Nach dem Einmarsch der Amerikaner mußte er feststellen, daß seine 4 anderen Kameraden als „auf der Flucht erschossen" nicht mehr unter den Lebenden weilten.

Obwohl Schneider bestritt, selbst einen Karabiner gehabt zu haben und die Schuld auf einen, bis jetzt nicht zu ermittelnden anderen Gestapoagenten abzuschieben versuchte, war die Spruchkammer doch der Ansicht, daß Schneider mindestens bei allen vorgekommenen unmenschlichen Maßnahmen die Zügel in den Händen hatte. Auf Grund des erdrückenden Beweismaterials erkannte die Kammer dann schließlich auf den bereits erwähnten Spruch.

Gießener Freie Presse 12.6.1948

Wilhelm Loh führte in einem Zeitzeugeninterview 1992 darüber aus: “Am 26. März 1945 abends um 11 Uhr wurden wir aus dem Gefängnis rausgeholt und vor der Mauer ins Freie geführt. Ich ahnte, dass das nichts Gutes zu bedeuten hatte und als wir rauskamen und vor der Mauer waren, sah ich einen

[84] ebenda S. 251, vgl. Krupke, Tewes, ...und Einigkeit ist Macht S. 269

Soldat am Gerichtsgebäude stehen und dachte, das kann meine Rettung sein. Ich bin losgerannt und auf den los. Der stand da und wusste nicht, was er machen sollte, weil ich auf den zugelaufen bin. Die Gestapo konnte nicht schießen, weil sie sonst ihn getroffen hätten. Ich bin hinten in die Philosophenwiese, hinter dem Gericht entlanggelaufen und da haben sie auf mich gefeuert, aber wie. Ich war in der Küche beschäftigt und hatte eine weiße Jacke an und da war mein Gedanke, ich werfe die weiße Jacke weg und wie ich das getan habe, fiel kein Schuss mehr. Die haben gedacht, sie hätten mich getroffen."[85] Loh hörte noch weitere Schüsse und den Aufschrei eines Getroffenen und versteckte sich im Wißmarer Wald, bis die Amerikaner dort ankamen.

Die Gießener Presse berichtete später von dem Prozess gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Gestapo Gießen, Ernst Schneider, in dem es auch um diese Aktion ging: "Ein weiterer Zeuge berichtete, daß kurz vor dem Herannahen der amerikanischen Truppen 5 politische Häftlinge aus dem Gießener Gefängnis sich für einen Abtransport nach Marburg stellen mußten. Der Betroffene und 3 weitere Gestapoleute führten dabei Karabiner und Maschinenpistolen mit sich. Bei einer passenden Gelegenheit gelang es dem Zeugen, der sich ebenfalls in der Gruppe befand, zu fliehen. Nach dem Einmarsch der Amerikaner mußte er feststellen, daß seine 4 anderen Kameraden als „auf der Flucht erschossen" nicht mehr unter den Lebenden weilten."[86] Schneider wurde nicht zuletzt wegen dieser Erschießungen zu 8 Jahren Arbeitslager, die später auf 6 Jahre reduziert wurden, verurteilt.

Wilhelm Mandler

Das Schicksal Wilhelm Mandlers und auch das seiner Familie ist symptomatisch, nicht nur für die Blindheit und Maßlosigkeit der Verfolgung, sondern auch für den Umgang mit den Opfern und die mangelnde Aufarbeitung des Unrechts und deren langfristige Folgen. Wilhelm Mandler musste für ein relativ geringes Vergehen letztlich mit seinem Leben bezahlen, manch einer kam da mit einer relativ geringen Geldstrafe davon. Seine Familie hat sich in der ganzen Angelegenheit unvorsichtig verhalten und damit einem eifrigen Denunzianten die Gelegenheit eröffnet, sich hervorzutun. Der Denunziant ist, wie viel zu viele Täter, nach 1945 ein geachteter Mitbürger, die Familie des Opfers, die den Ehemann und Vater verloren hatte, wird schief angesehen und für schuld am eigenen Schicksal erklärt.

[85] Marianne Peter, Links, wo das Herz ist. S 251 ff.
[86] Gießener Freie Presse vom 10.6.1948

Lebenslauf Wilhelm Mandler wurde als Sohn von Georg Mandler und Katharine, geborene Gimbel, am 16. Februar 1891 in Wißmar geboren und besuchte dort die Volksschule. Nach der Schulentlassung arbeitete er in der Zigarrenfabrik Rinn & Cloos als Tagelöhner, bei der Firma Balthasar Römer lernte er Weißbinder und arbeitete dann bei Buderus in Lollar als Hilfsarbeiter. Mit 20 Jahren wurde er zum Militär eingezogen und kam, nach Ableistung der Dienstpflicht, 1914 mit dem Infanterie Regiment 45 an die Ostfront, wo er bereits 1915 in russische Gefangenschaft geriet. Nach Kriegsende wurde er 1918 aus der Gefangenschaft entlassen.

Er heiratete 1918 Margarete Steinmüller, geboren am 2. 5. 1892 in Rodheim-Bieber und das Ehepaar Mandler bekam drei Kinder. Wilhelm trat 1919 in die SPD ein und wechselte 1931 in die KPD. Funktionen hatte er, nach eigenen Angaben in einem Vernehmungsprotokoll, nicht bekleidet, von Widerstandshandlungen ist ebenfalls nichts bekannt, der NSDAP trat er nicht bei und war auch in keiner der Nebenorganisationen. Er arbeitete in mehreren Firmen der Umgebung, bis er 1941 zum Invaliden erklärt wurde und eine kleine Rente bezog und man ihn zum Luftschutzwachmann machte. Bei Kriegsbeginn wird sein Sohn zum Miltär eingezogen und in Frankreich eingesetzt.[87]

Am 18. 1. 1944 zeigte der Rodheimer Nazi, SA-Obersturmführer Ludwig Hasselbach V., der mit einer Freundin von Margarete Mandler verheiratet war, Wilhelm Mandler wegen Abhörens von Auslandssendern an. Nach seinen Angaben sei Mandler Fahnenträger bei der KPD gewesen und Hasselbach wusste von einer angeblichen Niedergeschlagenheit unter Wißmarer gefestigten Kampfgenossen zu berichten, die den guten Ausgang des Krieges bezweifelten. Er vermutet, dass dies auf Erzählungen beruhe, die von Auslandssenderhörern stammen und Mandler einer von diesen sein könne. gusen Mandler, der in der damaligen Bismarckstraße 155 (heute Bismarckstraße 14) wohnte, wird am 17. 5. 1944 durch Kriminalassistent Bühler, Wetzlar festgenommen und verhört.[88]

Nazibürgermeister Krauss vermerkt dazu: „vor Machtübernahme: Mitglied der KPD, nach Machtübernahme: gab sich den Anschein eines Biedermanns, war aber getarnter Kommunist, Charakter: hinterhältig und verschlagen, Leumund: nicht der Beste, Familienverh.: lebt mit seiner Familie in dauerndem Unfrieden. [...] Mandler wurde von der Geheimen Staatspolizei wegen Abhören feindlicher Sender in Schutzhaft genommen. Wie mir der hiesige Ortsdiener und Nachtwächter Guckelsberger anläßlich dieser Tatsache mitteilte, soll Mandler ihm gegenüber geäußert haben, daß der bei Stalingrad gefangengenommene Panzergeneral Paulus im russischen Sender gesprochen und dort

[87] Vernehmungsprotokoll: in HHStAW 461 10009
[88] Anzeige in: HHStAW 461 10009

geäußert haben, daß die Verhältnisse bei den Sowjets ganz anders seien als bei uns geschildert und daß das deutsche Volk von seiner Führung belogen und betrogen worden sei. Er selbst habe diese Äußerungen von anderer Seite erfahren."[89]

Nach erneuter Festnahme wird er am 8. Juni zur Gestapo nach Frankfurt in das Untersuchungsgefängnis in der Hammelsgasse 6 - 10 überstellt, wo dann am 14. 6. 1944 ein Haftbefehl vom Amtsgericht Frankfurt gegen ihn erlassen wird. Begründet wird dies mit Fluchtgefahr wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe.

Auffallend an dem Vernehmungsprotokoll ist, dass die Vernehmung „aus dienstlichen Gründen abgebrochen" und später fortgesetzt wurde. Auch die Formulierung „Wenn meinen Worten kein Glaube geschenkt wird, da ich den Eindruck erwecke, dass alle Ermahnungen zur Wahrheit an mir nutzlos abgeprallt sind"[90] deutet darauf hin, dass Wilhelm Mandler gefoltert wurde, was in der Hammelsgasse in diesen Jahren an der Tagesordnung war. „In die Hammelsgasse kamen die Verhafteten erst, wenn die Vernehmungen bei der Gestapo abgeschlossen waren, wenn man aus den Gefangenen alles *rausgeholt* hatte. Bei den Vernehmungen kam es zu Folterungen und Mißhandlungen; [...] Die Verhöre der Gestapo fanden meist in der Lindenstraße statt. [...] Aber es gab auch Verhöre in der Hammelsgasse und es kam zu Mißhandlungen, um Geständnisse aus den Gefangenen herauszupressen."[91]Mandlers Frau sagt im Oktober aus, dass sie Frau Hasselbach davon erzählt habe, allerdings wohl nur irrtümlich angenommen habe, dass ihr Mann Feindsender gehört habe, da sie vermutete, dass deutsche Sender um 24:30 Uhr nicht mehr senden würden. Die Tochter sagt aus, dass ihr diese Sache völlig unbekannt sei.[92]

Am 5. November 1944 um 11:10 Uhr kommt Wilhelm Mandler dann nach Aktenlage bei einem Bombenangriff auf das Gefängnis um.[93] Das Verfahren gegen den Toten wurde dann am 13. November 1944 eingestellt[94], das mögliche Urteil war ja sozusagen bereits vollstreckt. Trotz der Einstellung des Verfahrens im November, folgt dann am 9. Januar 1945 nochmals eine Berichtsanfrage des Oberstaatsanwaltes als Leiter der Anklagebehörde bei dem Sondergericht, die darauf hindeutet, dass diese Verfahren zum Kriegsende hin mit größtem Nachdruck geführt wurden.

---

[89] HHStAW 483 4415 b

[90] Vernehmungsprotokoll: in HHStAW 461 10009

[91] Aus Interviews mit den ehemaligen Gefangenen Fritz Schmidt SAP, Hans Schwert KPD und Paul Haag. in: Kilp, Maria Anna. Ach wie ist das Leben schön, Hammelsgasse 6–10, S. 62

[92] HHStAW 461 10009

[93] HHStAW 458a 561

[94] HHStAW 461 10009

Untersuchungsgefängnis Hammelsgasse 6 - 10 Der Tod bei einem Bombenangriff in einem Untersuchungsgefängnis ist keineswegs als persönliches Pech anzusehen; hatte doch Adolf Hitler in seiner als große Rede gefeierten Ansprache anlässlich der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1942/43 im Berliner Sportpalast unter dem Jubel von Hunderttausenden ganz unverhohlen ausgesprochen, was Saboteuren blühe. Unter Minutenlangem Beifall erklärte er: „In einer Zeit, in der die Besten unseres Volkes an der Front eingesetzt werden müssen und dort mit ihrem Leben einstehen, in dieser Zeit ist kein Platz für Verbrecher und für Taugenichtse, die die Nation zerstören.“ In seinen folgenden Ausführungen konkretisiert er diese Drohungen, insbesondere dass man sich nicht im Gefängnis über den Krieg hinwegretten könne. Seine Worte: „Wir werden dafür sorgen, daß nicht nur der Anständige an der Front unter Umständen sterben kann, sondern daß der Verbrecher und Unanständige zu Hause unter keinen Umständen diese Zeit überleben wird!“ lösen nach Presseberichten erneut Jubel und tosenden Beifall aus.[95] Die Auswirkungen dieser Rede waren die Aufstellung der Strafdivision 999 [96], die Vernichtung *asozialer Elemente* durch Arbeit und sind auch im Gefängnisalltag sichtbar und spürbar geworden und wirkten dort bis zum letzten Tag der faschistischen Herrschaft, wie man exemplarisch am Untersuchungsgefängnis Hammelsgasse, in dem Wilhelm Mandler einsaß, feststellen kann.

In diesem Gefängnis sind in der Zeit der faschistischen Diktatur zahlreiche Widerständler, politische Gegner und auch Juden eingesperrt worden, die dort verhört und auch gefoltert wurden, Selbstmorde wurden wenn möglich verschleiert. „1938 verschlechterte sich die Situation in dem Untersuchungsgefängnis drastisch, insbesondere für die politischen und jüdischen Häftlinge.“[97]Im März 1944 war die Hammelsgasse, bis auf das Gefängnis, bei einem Luftangriff total zerstört worden. „Bei den Fliegerangriffen mußten die Gefangenen in den Zellen bleiben, während sich die Gefängnisbeamten im benachbarten städtischen Weingut im Kellergewölbe aufhielten. Die Reichsregierung hatte angeordnet, keinen Gefangenen aus der Zelle zu lassen.“[98] Am 5. April 1944 wird das Gefängnis dann wegen der vorangegangenen Zerstörungen nach

[95] Marburger Zeitung, Amtliches Organ des Steirischen Heimatbundes, Marburg-Drau, Freitag, 2. Oktober 1942, Seite 4

[96] Am 2. Oktober 1942 verfügte das Oberkommando der Wehrmacht die *Wehrunwürdigkeit* für die Dauer des Krieges aufzuheben. Wehrunwürdig waren alle, die nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte oder zu einer Zuchthausstrafe verurteilt waren, oder denen vom Militärgericht die Wehrwürdigkeit entzogen worden war. Noch im Oktober wurde dann die Division 999 aufgestellt, die eine Gesamtstärke von nahezu 40.000 Mann und ihren ersten Einsatz in Afrika hatte.

[97] Kilp, Maria Anna. Ach wie ist das Leben schön, Hammelsgasse 6–10, S. 83

[98] ebenda, S. 86

Hanau evakuiert.[99]Frankfurt hatte bei Kriegsbeginn 550.000 Einwohner. Mit den Bombardements begann die Massenflucht aus dem zerstörten Frankfurt, innerhalb der ersten zwei Monate verließen rund 150000 Menschen die Stadt mit der Bahn, zu Fuß oder mit den wenigen Fahrzeugen, die zur Verfügung standen. Anfang Mai 1944 lebten nur noch ca. 260000 Menschen im Stadtgebiet, die Hälfte davon war bei Kriegsende obdachlos.

Nach einer Aufstellung der Deutschen Reichsbahn vom 25. März 1944 wurden evakuiert:
10000 Personen vom Bahnhof Rödelheim nach Usingen und Weilburg
18000 Personen vom Bahnhof Neu-Isenburg nach Groß-Gerau
20000 Personen vom Bahnhof Offenbach nach Büdingen, Schlüchtern, Gelnhausen
24000 Personen von Frankfurt nach Dillenburg und Alsfeld-Lauterbach
35000 Personen vom Höchster Bahnhof nach Bad Soden und Westerburg
40000 Personen vom Bahnhof Eschersheim nach Wetzlar, Friedberg und Gießen

Wilhelm Mandler wurde also in ein Gefängnis eingeliefert, das man wenige Monate vorher wegen der Fliegerangriffe evakuiert hatte und das in einer Zeit, wo Frankfurt bereits in Schutt und Asche lag und fast täglich weiter bombardiert wurde und auch in den Kreis Wetzlar bereits Tausende Frankfurter evakuiert worden waren.

Am 29. 6. 1944 kamen bei einem Tiefflliegerangriff in diesem Gefängnis in einer Gemeinschaftszelle 16 Menschen um.[100]

Dass Wilhelm Mandler tatsächlich bei einem Bombenangriff umkam und es sich nicht um eine Legende zur Verdeckung eines direkten Justizmordes handelt, kann als gesichert gelten. Am 5. November haben tatsächlich schwere Bombardements auf Frankfurt stattgefunden, wie fast jeden Tag im November 1944 und es wurden außer dem Untersuchungsgefängnis auch der Ostbahnhof, das Bahnpostamt, der Hauptbahnhof die Firma Moenus und die Bockenheimer Eisengießerei schwer getroffen. Insgesamt wurden dabei über 300 Menschen getötet, darunter 61 Ausländer[101], wobei es sich hier wohl um Zwangsarbeiter handelte, die man genauso wie die Häftlinge in der Hammelsgasse schutzlos den Angriffen überließ. In den Akten des Gefängnisses sind 16 tote Häftlinge verzeichnet, in einer anderen Veröffentlichungen werden 18 Tote im Untersuchungsgefängnis Hammelsgasse benannt.

Zum Kriegsende wurden dann am 25. März 1945 die 1944 nach Hanau evakuierten Häftlinge wieder in die Hammelsgasse zurückverlegt und ein Gefan-

[99]Lorei, Madlen - Kirn, Richard. Frankfurt und die drei wilden Jahre 1945 – 1947. S. 14
[100]FR vom 7.4.1984 nach Kilp, Maria Anna. Ach wie ist das Leben schön, Hammelsgasse 6–10, S. 86
[101]Lerch, Gustav K. Frankfurt am Main im Luftkrieg

gener schreibt, dass er hier den letzten von 15 Bombenangriffen in der Zelle eingeschlossen überlebte. Dieser Gefangene hatte dann Glück, dass er einer der wenigen war, die morgens entlassen wurden.[102]

An diesem Tag wurden die verbliebenen Insassen der Frankfurter Gefängnisse, etwa 200 Mann am Ostbahnhof gesammelt und nach Hanau transportiert und gefesselt zu Fuß nach Aschaffenburg gebracht, von dort Richtung Alzenau geschleppt. Nach Angaben der Amerikaner sollen 150 Tote gefunden worden sein.[103]

Heinrich Wolf

Die Launsbacher Kommunisten kamen relativ glimpflich davon, soweit das heute bekannt ist. Am schlimmsten erwischte es Heinrich Wolf, der allerdings kein gebürtiger Launsbacher war. Er wurde am 3.5.1908 in Marktsteft, bei Kitzingen, geboren und kam 1928 als Ziegelarbeiter nach Launsbach und wohnte dort in Untermiete bei der Witwe Elisabeth Bechthold, geborene Schmidt, wie einem Dossier von Ortsgruppenleiter Bechthold vom 26.5.1941 zu entnehmen ist. Bechthold stuft ihn als KPD ein, allerdings sei unklar, ob er Mitglied gewesen sei, weiter heißt es, dass der Gartenhilfsarbeiter in wilder Ehe mit der Witwe zusammenlebe.

Diesem Dossier lag die Verhaftung von Heinrich Wolf am 16.5.1941 zugrunde. In einem Schreiben der Gestapo Gießen an den Landrat in Wetzlar heißt es: „Wolf hat auf seiner Arbeitstelle in Giessen Mitarbeitern gegenüber Äußerungen getan, die in hohem Maße ein Vergehen gegen das Heimtückegesetz darstellen und erkennen lassen, dass er in der letzten Zeit ausländische Sender abgehört haben muss.“ Sein Arbeitgeber, der Gießener Gärtner Schwarz, hatte ihn deshalb entlassen und angezeigt und die Gestapo ihn daraufhin festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden überdies eine Pistole 08 mit 100 Schuss Munition und das Rundfunkgerät beschlagnahmt.

Am 15.8.1941 wurde Wolf dann zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt, die er laut Entlassungsschein der Strafanstalt Preungesheim, bis zum 15.8.1942 absitzen musste.

Christian Eckhardt

Ein Schicksal der besonderen Art ereilt Christian Eckhardt, bei dem die Verfolgung auch aus seinem unmittelbaren Umfeld erfolgt. Christian Eckhardt war ebenfalls kein gebürtiger Launsbacher, er wurde am 21. August 1887 in Ronshausen, Kreis Rotenburg an der Fulda geboren und kam bereits in jungen

[102] Lorei, Madlen - Kirn, Richard. Frankfurt und die drei wilden Jahre 1945 – 1947. S. 14 f.
[103] Kilp, Maria Anna. Ach wie ist das Leben schön, Hammelsgasse 6–10, S. 86 ff.

Jahren mit seinen Eltern, der Vater arbeitet als Backsteinmacher, nach Launsbach. Dort heiratete der Tagelöhner am 9. November 1912 die Launsbacher Fabrikarbeiterin Katharine Luise Stroh.

Anfang Februar 1933 werden bei ihm anlässlich von Haussuchungen „bei den Führern der KPD“ Druckschriften beschlagnahmt. Als sich Christian Eckhardt im August 1937 auf eine Arbeitsstelle bewirbt, fordert das Arbeitsamt bei der NSDAP eine Stellungnahme zur politischen Zuverlässigkeit an. Kreisleiter Haus schreibt: „Christian Eckhardt war einer der regesten KPD-Mitglieder vor der Machtübernahme, musste 1933 längere Zeit im Konzentrationslager untergebracht werden. Er hat sich nach seiner Entlassung ruhig verhalten, jedoch“ sei an seiner politischen Zuverlässigkeit zu zweifeln. Eine durchaus gängige Formulierung des Launsbacher Stützpunktleiters Bechthold, auf den die Stellungnahme von Haus zurückgeht, der politische Gegner weit weniger verbissen beurteilt wie seine Krofdorfer und Wißmarer Gesinnungsgenossen.

Aus dieser Darstellung geht eindeutig hervor, dass Christian Eckhardt zu denjenigen gehörte, die nach dem Machtantritt Hitlers weiter Flugblätter und Material der KPD in den Dörfern verbreiteten. Weitere Auffälligkeiten sind über ihn selber nicht zu finden, wenn da nicht sein Schwiegersohn wäre, der Schreiner Otto Strack, geboren am 25.7.1903. Strack war der erste eingeschriebene Nazi in den Dörfern Wettenbergs, eingetreten am 1.1.1930, bekam er die Mitgliedsnummer 318122. Zum 1.7.1932 meldete er sich wegen der Beitragszahlungen ab, trat dann allerdings erneut ein, die Mitgliedsnummer 1678049 deutet auf den 1.4.1933 für den neuerlichen Eintritt hin; allerdings wurde der Austritt nachträglich wieder annuliert, die neue Mitgliedsnummer gelöscht und er bekam seine alte wieder zurück und brachte es dann sogar zum Organisationsleiter, einer Hilfsfunktion der Ortsgruppenleitung.

Am 18.1.1936 bekommt jener Otto Strack dann per Beschluss des Parteigerichts einen Verweis, da er seinen Schwiegervater, einen Führer der KPD, mit einer Pistole, die sich zudem noch illegal in seinem Besitz befunden habe, bedroht habe.[104]

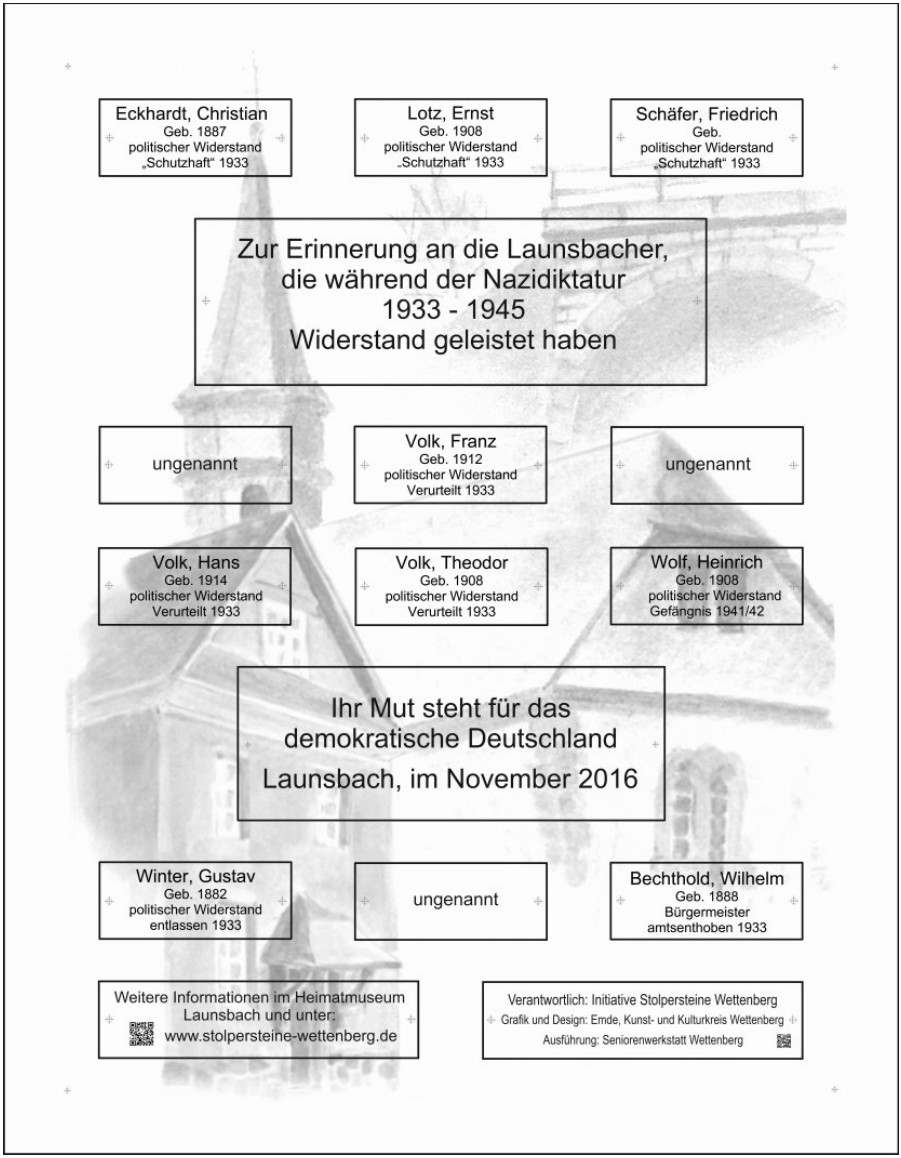
... statt eines Nachworts

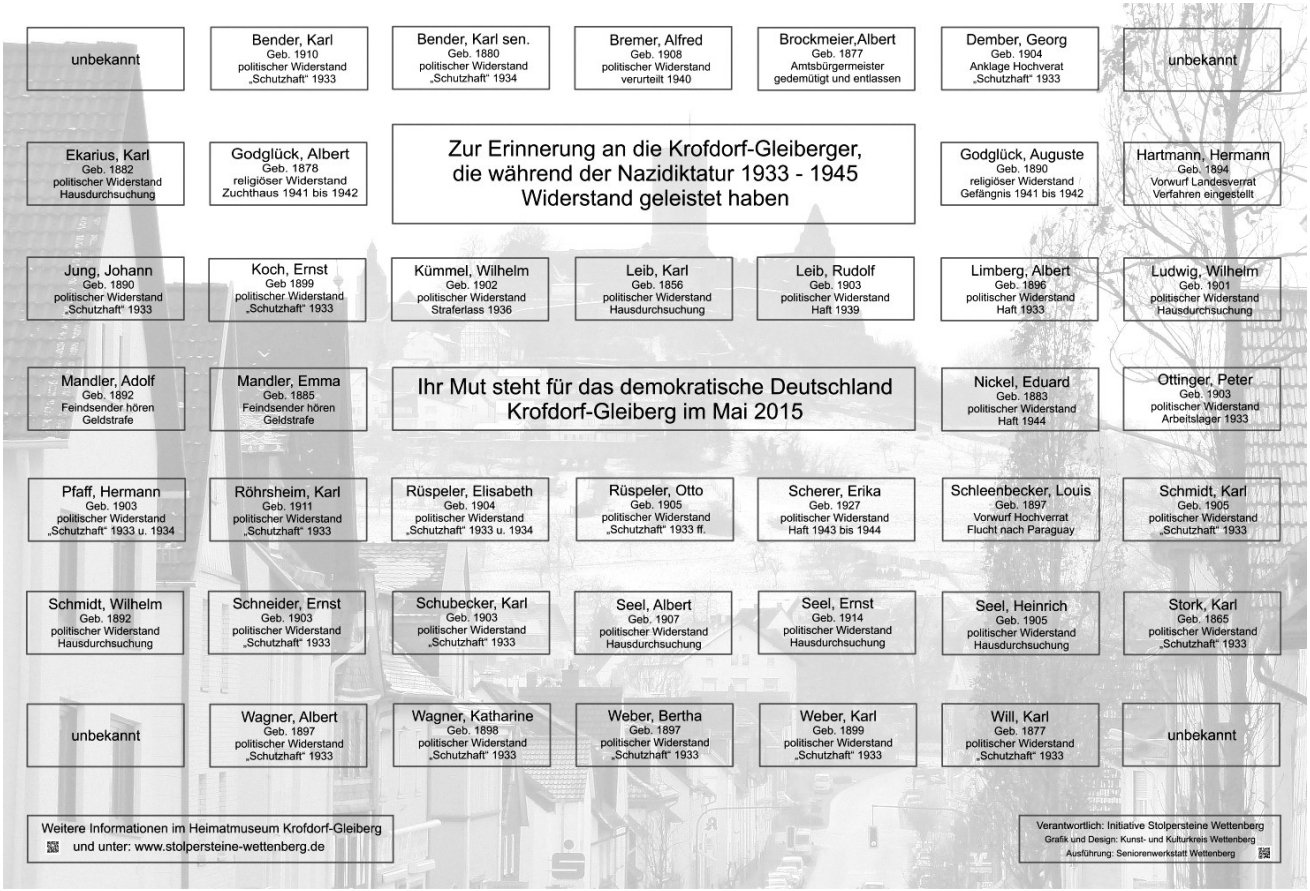
Menschen wie Otto Rüspeler und auch Ria und Walter Deeg haben entscheidenden Anteil an meinem Engagement. Seitdem ich sie vor über 40 Jahren kennengelernt habe, habe ich als eine offene Aufgabe die Aufarbeitung der lokalen Geschichte meines Heimatdorfes im Faschismus mit mir herumgetragen. Karl Stork und Louis Schleenbecker habe ich nicht mehr kennen gelernt, aber das Schicksal dieser beiden Menschen hat mich bei all den Widerständen, auch

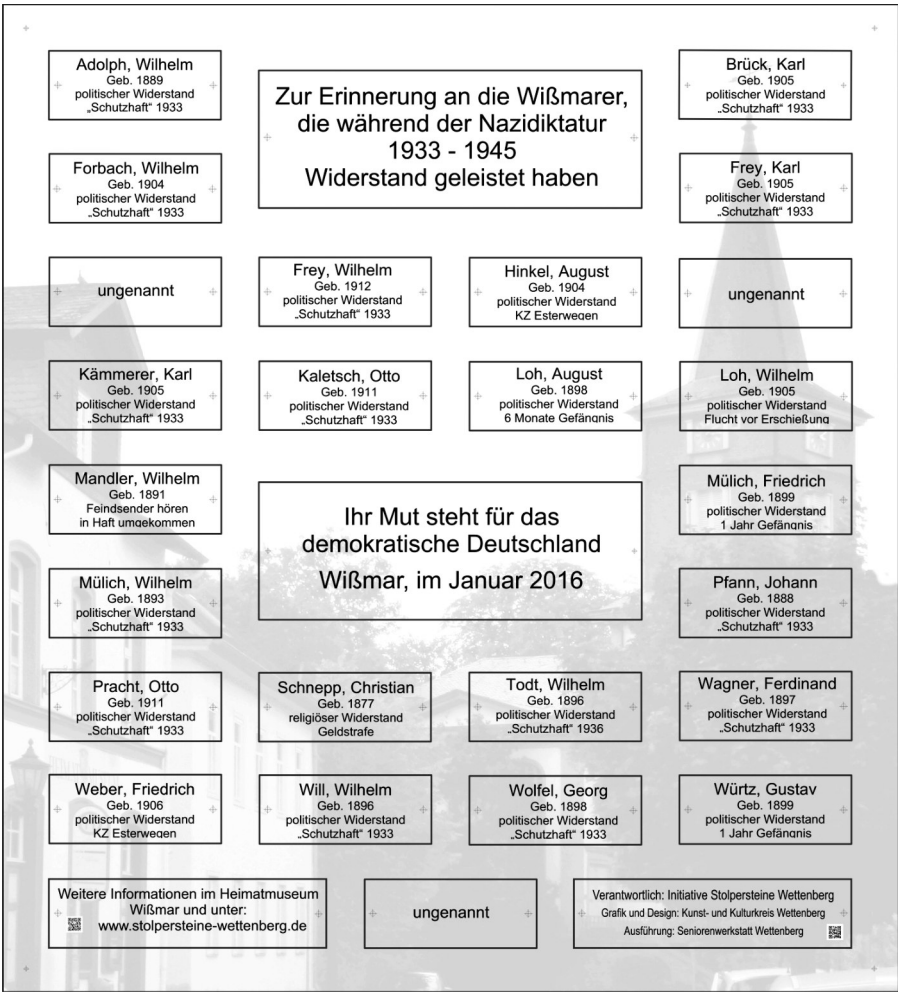
[104] HHStAW Abt 483 Nr. 4297

innerhalb des Projektes Stolpersteine in Wettenberg, nur noch hartnäckiger werden lassen.

Anhang Gedenktafeln




unbekannt
Bender, Karl
Geb. 1910
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Bender, Karl sen.
Geb. 1880
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1934
Bremer, Alfred
Geb. 1908
politischer Widerstand
verurteilt 1940
Brockmeier,Albert
Geb. 1877
Amtsbürgermeister
gedemütigt und entlassen
Dember, Georg
Geb. 1904
Anklage Hochverat
„Schutzhaft" 1933
unbekannt
Ekarius, Karl
Geb. 1882
politischer Widerstand
Hausdurchsuchung
Godglück, Albert
Geb. 1878
religiöser Widerstand
Zuchthaus 1941 bis 1942
Zur Erinnerung an die Krofdorf-Gleiberger,
die während der Nazidiktatur 1933 - 1945
Widerstand geleistet haben
Godglück, Auguste
Geb. 1890
religiöser Widerstand
Gefängnis 1941 bis 1942
Hartmann, Hermann
Geb. 1894
Vorwurf Landesverrat
Verfahren eingestellt
Jung, Johann
Geb. 1890
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Koch, Ernst
Geb 1899
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Kümmel, Wilhelm
Geb. 1902
politischer Widerstand
Straferlass 1936
Leib, Karl
Geb. 1856
politischer Widerstand
Hausdurchsuchung
Leib, Rudolf
Geb. 1903
politischer Widerstand
Haft 1939
Limberg, Albert
Geb. 1896
politischer Widerstand
Haft 1933
Ludwig, Wilhelm
Geb. 1901
politischer Widerstand
Hausdurchsuchung
Mandler, Adolf
Geb. 1892
Feindsender hören
Geldstrafe
Mandler, Emma
Geb. 1885
Feindsender hören
Geldstrafe
Ihr Mut steht für das demokratische Deutschland
Krofdorf-Gleiberg im Mai 2015
Nickel, Eduard
Geb. 1883
politischer Widerstand
Haft 1944
Ottinger, Peter
Geb. 1903
politischer Widerstand
Arbeitslager 1933
Pfaff, Hermann
Geb. 1903
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933 u. 1934
Röhrsheim, Karl
Geb. 1911
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Rüspeler, Elisabeth
Geb. 1904
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933 u. 1934
Rüspeler, Otto
Geb. 1905
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933 ff.
Scherer, Erika
Geb. 1927
politischer Widerstand
Haft 1943 bis 1944
Schleenbecker, Louis
Geb. 1897
Vorwurf Hochverrat
Flucht nach Paraguay
Schmidt, Karl
Geb. 1905
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Schmidt, Wilhelm
Geb. 1892
politischer Widerstand
Hausdurchsuchung
Schneider, Ernst
Geb. 1903
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Schubecker, Karl
Geb. 1903
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Seel, Albert
Geb. 1907
politischer Widerstand
Hausdurchsuchung
Seel, Ernst
Geb. 1914
politischer Widerstand
Hausdurchsuchung
Seel, Heinrich
Geb. 1905
politischer Widerstand
Hausdurchsuchung
Stork, Karl
Geb. 1865
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
unbekannt
Wagner, Albert
Geb. 1897
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Wagner, Katharine
Geb. 1898
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Weber, Bertha
Geb. 1897
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Weber, Karl
Geb. 1899
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
Will, Karl
Geb. 1877
politischer Widerstand
„Schutzhaft" 1933
unbekannt
Weitere Informationen im Heimatmuseum Krofdorf-Gleiberg
und unter: www.stolpersteine-wettenberg.de
Verantwortlich: Initiative Stolpersteine Wettenberg
Grafik und Design: Kunst- und Kulturkreis Wettenberg
Ausführung: Seniorenwerkstatt Wettenberg


Adolph, Wilhelm
Geb. 1889
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Zur Erinnerung an die Wißmarer, die während der Nazidiktatur 1933 - 1945 Widerstand geleistet haben
Brück, Karl
Geb. 1905
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Forbach, Wilhelm
Geb. 1904
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Frey, Karl
Geb. 1905
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
ungenannt
Frey, Wilhelm
Geb. 1912
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Hinkel, August
Geb. 1904
politischer Widerstand
KZ Esterwegen
ungenannt
Kämmerer, Karl
Geb. 1905
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Kaletsch, Otto
Geb. 1911
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Loh, August
Geb. 1898
politischer Widerstand
6 Monate Gefängnis
Loh, Wilhelm
Geb. 1905
politischer Widerstand
Flucht vor Erschießung
Mandler, Wilhelm
Geb. 1891
Feindsender hören
in Haft umgekommen
Ihr Mut steht für das demokratische Deutschland
Wißmar, im Januar 2016
Mülich, Friedrich
Geb. 1899
politischer Widerstand
1 Jahr Gefängnis
Mülich, Wilhelm
Geb. 1893
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Pfann, Johann
Geb. 1888
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Pracht, Otto
Geb. 1911
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Schnepp, Christian
Geb. 1877
religiöser Widerstand
Geldstrafe
Todt, Wilhelm
Geb. 1896
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1936
Wagner, Ferdinand
Geb. 1897
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Weber, Friedrich
Geb. 1906
politischer Widerstand
KZ Esterwegen
Will, Wilhelm
Geb. 1896
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Wolfel, Georg
Geb. 1898
politischer Widerstand
„Schutzhaft“ 1933
Würtz, Gustav
Geb. 1899
politischer Widerstand
1 Jahr Gefängnis
Weitere Informationen im Heimatmuseum Wißmar und unter:
www.stolpersteine-wettenberg.de
ungenannt
Verantwortlich: Initiative Stolpersteine Wettenberg
Grafik und Design: Kunst- und Kulturkreis Wettenberg
Ausführung: Seniorenwerkstatt Wettenberg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3
Widerstand und Verfolgung in den Dörfern Wettenbergs 3
Die Herausbildung der Organisationen der Arbeiterbewegung . 4
Die politische Entwicklung der Dörfer Wettenbergs 6
Die politische Entwicklung von Krofdorf-Gleiberg 7
Die politische Entwicklung von Wißmar 10
Die politische Entwicklung von Launsbach 11
Die Entstehung der NSDAP 13
Die erste Ortsgruppe der NSDAP 14
Vom Stützpunkt Launsbach zur Ortsgruppe 15
Entstehung der Ortsgruppe Wißmar der NSDAP 17
Die Dörfer Wettenbergs im 3. Reich 17
Krofdorf-Gleiberg in der Zeit des Faschismus 18
Der organisierte Widerstand gegen den Faschismus 21
Andere Formen des Widerstandes 26
Wißmar im Faschismus 30
Der organisierte Widerstand gegen den Faschismus 30
Religiöser Widerstand 35
Launsbach im Faschismus 35
Der Widerstand in Launsbach 36
Menschen eines anderen Deutschlands 37
Karl Stork 37
Louis Schleenbecker 38
Otto Rüspeler 43
Wilhelm Will 45
Wilhelm Loh 47
Wilhelm Mandler 49
Heinrich Wolf 54
Christian Eckhardt 54
... statt eines Nachworts 55
Anhang Gedenktafeln 57

Gleiberg war das Zentrum des Widerstands gegen die Nazidiktatur, nicht nur für die Dörfer Wettenbergs, und auf der Linde wehte auch noch nach dem Machtantritt Hitlers zu besonderen Anlässen die rote Fahne mit Hammer und Sichel.

Herausgegeben von der *Initiative Stolpersteine in Wettenberg* in Erinnerung an alle Wettenberger, die der Nazidiktatur widerstanden. Ihr Schicksal mahnt, dass das niemals wieder geschehen darf. Ihr Mut bleibt unvergessen und Verpflichtung den Anfängen zu wehren.

Wettenberg 8. November 2016 – Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Hitler: Am 8. November 1939 versuchte der Schreiner Georg Elser, Hitler und die Spitze der NSDAP im Münchener Bürgerbräukeller mit einem Sprengstoffanschlag zu beseitigen.